

37 | September
Oktober

offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

+Vietnam heute	S 24
+Sozialismus und Terrorismus	S 27
+Hlawenicka: Sieben auf einen Streich	S 9
+Wem gehört der Sozialismus ?	S 19
+ Adolf Superstar	S 6

Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke

In der arbeitenden Bevölkerung werden Bedenken gegen Atomkraftwerke immer stärker spürbar. Die Gewerkschaften dürfen diese Bedenken nicht ignorieren und haben die Verpflichtung, sie öffentlich zu diskutieren und - wenn die Bedenken gerechtfertigt sind - gegen die Anwendung der Atomenergie und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf Widerstand zu leisten.

Einige Spitzenfunktionäre und der Bundesvorstand des ÖGB haben gegen Interessen von Arbeitern und Angestellten verstoßen, indem sie diese Bedenken übergangen und sich für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ausgesprochen haben. Wie bei vielen wichtigen Fragen hat auch dabei kein demokratischer Willensbildungsprozeß stattgefunden. Wir halten dies für einen schweren Fehler!

Atomkraftwerke, die für viele Generationen Leben und Gesundheit gefährden und eine bedenkliche gesellschafts-politische Entwicklung zur Folge haben, dürfen nicht derart leichtfertig und unter Mißachtung demokratischer Grundsätze errichtet werden. Wir wenden uns daher schärfstens gegen die Versuche einiger Spitzenfunktionäre, die nötige Diskussion abzuwürgen. Wir protestieren dagegen, Atomkraftwerksgegner lächerlich zu machen und sie als Maschinenstürmer oder Fortschrittsfeinde zu diffamieren: eine Technik mit unkontrollierbaren Folgen für künftige Generationen ist kein Fortschritt.

Fortsetzung Seite 3



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN

VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).

Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-

Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:

223-102-976, Länderbank Wien.

Gesamtösterreichische Demonstration gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf

am 26. Oktober 1977

um 8.30 Uhr

vom Schwarzenbergplatz zum Ballhausplatz.
Abschlußkundgebung vor dem Parlament
mit kulturellem Programm.

Die parlamentarische Entscheidung für die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf soll Ende Oktober getroffen werden. Es ist eine nachträgliche gesetzliche Absicherung schon vollzogener Tatsachen.

Ein sehr unguter Kuhhandel steht bevor:

Die Waldviertler wollen nicht einmal mit dem Versprechen von hohen finanziellen Zuwendungen einsehen, daß die jahrtausendlang notwendige Atommüllagerung ungefährlich sei. Da wir in einer Demokratie leben, muß man auch diesen "irrationalen Ängsten" Rechnung tragen.

Gott sei Dank gibt es den Schah und die Farah Diba, die auf etwaige ähnliche Vorbehalte ihrer Bevölkerung keine Rücksicht nehmen müssen. Dieser scheußlichen Doppelmoral gilt es mit der Demonstration am 26. Oktober 1977 vorzubeugen.

SCHALL PLATTEN

SIE IST DA !

Die 1. Öst. Anti-Atomkraftwerksplatte

mit
Cilli Miculik Eva Pilz Sigi Maron Kurt Winderstein
Gruppe Radisaktiv Inertflügel Auflauf Anti-AKW-Theater
zu haben um 100\$ bei Buchh.: Kolisch u. Hermann
Club Links Frauenzimmer

Informationen bei Kurt Winderstein Tel.: 26-27-772
und allen Anti-AKW-Gruppen

Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke

Je genauer wir uns darüber informiert haben, desto überzeugter sind wir, daß Atomkraftwerke gefährlich und schädlich sind. Deshalb ist es notwendig, in allen Gewerkschaftsgremien und Betrieben über die Folgen der jetzt geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf zu diskutieren.

Atomstrom sichert die Arbeitsplätze nicht

Das Argument "Atomstrom sichert Arbeitsplätze" ist irreführend. Obwohl das Energieangebot reichlich ist, haben wir in den OECD-Ländern seit Jahren bis zu 17 Millionen Arbeitslose. In den USA gibt es trotz Kernkraftwerken und einem Pro-Kopf-Energieverbrauch, der dreimal so hoch ist, wie in Österreich, seit Jahren Massenarbeitslosigkeit. Es zeigt sich, daß zusätzliche Energie bisher immer auch zur Vernichtung von Arbeitsplätzen verwendet worden ist: durch den Einsatz von energiefressenden Anlagen werden Lohnkosten eingespart und die Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Sicherung der Vollbeschäftigung ist nicht in erster Linie eine Frage der Energie, sondern der jeweiligen gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. In Zukunft können nur geänderte Produktionsziele ausreichende Beschäftigung gewährleisten: sinnvollere und nützlichere Produkte, die den wirklichen Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen entsprechen sowie Produktionsverfahren, die Energie und Rohstoffe nicht verschwenden und Umwelt und Lebensgrundlagen nicht zerstören. Diese Produktionsziele verlangen eine gesamtgesellschaftliche Planung, an der die Betroffenen demokratisch mitwirken.

Zwentendorf verhindert neue Orientierung der Produktionsziele

Die Verwendung von Atomstrom trägt dazu bei, daß der verheerende Raubbau an Mensch und Natur sowie die Vergeudungswirtschaft fortgesetzt werden. Sichere und menschlich befriedigende Arbeitsplätze können nur durch eine schrittweise Neubestimmung der Produktionsziele geschaffen werden: Produkte mit höherem Nutzen statt Wegwerfprodukte; mehr und verbesserte soziale Dienstleistungen statt lediglich mehr Industrieprodukte; Ausbau der Infrastruktur; flexible und dezentrale Produktion statt Gigantomanie; Anstrengungen zur Vermeidung und Behebung von Umwelt- und Sozialschäden statt Investitionen in umweltzerstörende Produktionen.

Die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf würde - so fürchten wir - diese notwendige Neuorientierung verbauen.

GERADE ALS GEWERKSCHAFTER SPRECHEN WIR UNS DAHER GEGEN DIE KERNSPALTUNGSINDUSTRIE AUS. WIR KÖNNEN ES AUCH NICHT HINNEHMEN, DASS DER BUNDESVORSTAND DES ÖSTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES SCHWERWIEGENDE BEDENKEN GEGEN ATOMKRAFTWERKE UNTER DEM VORWAND "SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE" BEISEITE SCHIEBEN MÖCHTE:

Bedrohung für Leben und Gesundheit

Inzwischen ist unbestritten, daß im Verlauf des atomaren Betriebs (Transport radioaktiven Materials, Kernspaltung im Reaktor, Wiederaufbereitung der Uranbrennstäbe, Lagerung bzw. "Verstecken" des jahrtausendlang strahlenden Mülls...) unabschätzbare Gefahren für Gesundheit und Leben entstehen. Dies nicht allein für unsere Generation, sondern ebenso für viele künftige. Umstritten sind lediglich das Ausmaß dieser Gefahren und die Größe des Risikos.



**"ATOMENERGIE KANN IMMER
NUR DER ZERSTÖRUNG
DIENEN"**

Albert Einstein

Weichenstellung zu noch gefährlicheren Technologien

Viele der Gefahren sind erst im Laufe der Zeit und Auseinandersetzungen bekannt geworden. Wer Zwentendorf bejaht und damit auf lange Frist auch weitere Atomkraftwerke in Österreich, muß sich darüber klar sein, daß bei der schon jetzt absehbaren Verknappung des Brennstoffes (angereichertes Uran) der Übergang zu "schnellen Brütern" unvermeidlich würde - eine Technik, die sogar Befürworter der jetzigen Atomkraftwerke abschreckt: bei "schnellen Brütern" sind atomare Explosionen nicht auszuschließen. In diesen Reaktoren wird mehr des hochgiftigen und schwer radioaktiven Plutoniums "erbrütet" als verbraucht. Weniger als eine Handvoll Plutonium reicht aus, um alle Österreicher auszurotten.



Atomkraftwerke sind eine Gefahr für die Demokratie: Sie führen zum Polizeistaat

Bisher ist die technische Sicherheit des gesamten Brennstofflaufes nicht gewährleistet (Unfälle beim Transport spaltbaren Materials und in Reaktoren, ungelöste, wahrscheinlich unlösbare Probleme der Abfallagerung, etc.). Aber selbst wenn alle diese Probleme gelöst wären, bleibt die Gefahr von Naturkatastrophen und Kriegen. Die Möglichkeit von Sabotage und Mißbrauch würde ein umfassendes Spitzel- und Überwachungssystem heraufbeschwören, sowohl für die dort Arbeitenden als auch für die Bevölkerung insgesamt. Unter Berufung auf die öffentliche Sicherheit werden damit demokratische Freiheiten und Rechte aufs Spiel gesetzt, die in jahrzehntelangen Kämpfen erreicht worden sind.

Atombomben und Atomkraftwerke sind siamesische Zwillinge

Wir teilen die Angst vieler Gewerkschaftsfunktionäre vor den in aller Welt gelagerten Atomsprengköpfen und verurteilen den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens. Im Westen sind es dieselben Kapitalgruppen und multinationalen Konzerne, die sich sowohl an der Entwicklung von Atomwaffen als auch an jener von Atomkraftwerken bereichern. Dahinter steht das große, lebensbedrohende, weltweite Geschäft, ein mörderischer Konkurrenzkampf um Absatzmöglichkeiten, Marktanteile und Gewinne, an dem sich die Oststaaten gleichermaßen beteiligen. So schließt sich der unheilvolle Kreis, der zuerst mit der Atomwaffenproduktion begann und heute mit der forcierten weltweiten Verbreitung von Atomkraftwerken seine Fortsetzung findet, um schließlich in der fatalen Plutoniumökonomie zu münden - mit all ihren nicht wieder gutzumachenden Folgewirkungen und Gefahren. Es darf auch nicht übersehen werden, daß jedes Land, das Atomkraftwerke besitzt, auch Atombomben erzeugen kann.

WIR APPELLIEREN DAHER AN ALLE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER UND AN DIE VERANTWORTLICHEN IM ÖGB, SICH INTENSIVER MIT DER PROBLEMATIK DER ATOMENERGIE IM MILITÄRISCHEN UND ZIVILEN BEREICH AUSEINANDERZUSETZEN UND IHREN BEITRAG ZUR ÜBERWINDUNG DIESES MENSCHHEITSBEDROHENDEN "FORTSCHRITTS" ZU LEISTEN!

Zwentendorf macht uns noch mehr vom Ausland abhängig

Es ist unwahr, daß durch die Inbetriebnahme von Zwentendorf die Auslandsabhängigkeit geringer würde, denn die wesentlichsten Teile der Atomkraftwerkstechnologie, die Anreicherung und Wiederaufbereitung des Urans, sind vollständig von ausländischen Konzernen und Mächten kontrolliert. Nur die Bauten und einige Teile sind österreichisch - vor allem aber das Risiko.

Atomstrom ist entbehrlich

Kohle, Erdöl, Erdgas und der Ausbau der Wasserkraftwerke reichen aus, den Energiebedarf für die nächsten Jahrzehnte zu decken, wobei in herkömmlichen kalori-

schen Kraftwerken jene bereits vorhandenen Technologien einzusetzen sind, die diese umweltfreundlicher gestalten. Langfristig müßten neue Schwerpunkte gesetzt werden: durch aktive Förderung und Entwicklung einheimischer unerschöpflicher Energiequellen wie Sonne, Wärmepumpen, Wind, geothermische Energie, Bioenergie etc. und durch rationellere Nutzung der herkömmlichen Energiequellen.

Atomstrom - von billig keine Spur

Wesentliche Kosten sind in den Kalkulationen nicht berücksichtigt oder zu gering angesetzt: steigende Kosten für Sicherheitsauflagen, die nachträglich als notwendig erkannt wurden; über viele Generationen hinweg entstehende Kosten für die Lagerung des radioaktiven Mülls; Kosten für den zusätzlichen Polizei- und Überwachungsapparat; wegen der Monopolisierung nicht abschätzbare Brennstoff- und Aufbereitungskosten; ganz zu schweigen von den Kosten möglicher Schadens- und Katastrophenfälle; aber auch Kosten für das Werk Zwentendorf, das nach 20 - 30 Jahren nicht mehr produzieren könnte, sondern als "strahlende Ruine" stehen bliebe: die Kosten ihrer Beseitigung wären so hoch wie die ihrer Errichtung.

Was an finanziellem Aufwand zusätzlich zu den enormen Baukosten von bisher 7 Milliarden Schilling notwendig würde, widerlegt das Schlagwort vom billigen Atomstrom und die Behauptung jener, die eine Nicht-Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf als "ökonomischen Wahnsinn" bezeichnen. Der eigentliche ökonomische Wahnsinn besteht vielmehr in der Tatsache, daß Milliarden Schillinge bereits investiert wurden, ehe noch Information und Diskussion in der Öffentlichkeit stattfanden.

Wozu Engagement gegen Zwentendorf

"Warum kein Zwentendorf - da ja rund um uns in anderen Ländern Atomkraftwerke in Betrieb sind - wir also auch so im Gefahrenbereich liegen?"

Abgesehen davon, daß wir durch ein Atomkraftwerk im Herzen Österreichs ungleich stärker gefährdet wären, als durch Atomkraftwerke in Nachbarländern, abgesehen davon, daß die mit den Atomkraftwerken in Österreich zusammenhängende wirtschaftliche Fehlorientierung mit dem Betrieb ausländischer Atomkraftwerke nicht unmittelbar zu tun hat: Was ist das für eine Logik! Weil wir eine Gefahr im Nacken haben, sollen wir uns zusätzlich noch eine größere Gefahr aufladen? Wenn ausländische Atomkraftwerke auch für uns eine Gefahr sind, müssen wir uns mit der Anti-Atomkraftwerk-Bewegung in anderen Ländern solidarisieren, anstatt selbst Atomkraftwerke in Betrieb zu nehmen. Ein "Österreich ohne Atomkraft" wäre Beispielgebend für zahlreiche andere Staaten und gäbe uns das moralische Recht, gegen nukleare Anlagen an unseren Grenzen aufzutreten.

AUS DIESEN SCHWERWIEGENDEN BEDENKEN UND GRÜNDEN HAT SICH DIE INITIATIVE "GEWERKSCHAFTER GEGEN ATOMKRAFTWERKE" GEBILDET. IHR ZIEL IST, AUF DEMOKRATISCHEM WEG EINE ÄNDERUNG DER HALTUNG DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG ZU ERREICHEN.

WIR WENDEN UNS DAHER AN DIE ARBEITENDEN MENSCHEN ÖSTERREICHS MIT DER AUFFORDERUNG, SICH ÜBER DIE BEDENKLICHEN FOLGEN DER INBETRIEBNAHME DES ATOMKRAFTWERKES ZWENTENDORF ZU INFORMIEREN UND UNS IN DIESEM ANLIEGEN ZU UNTERSTÜTZEN.



Dieser Aufruf wurde bisher von über 60 Gewerkschaftlern und Betriebsräten aus dem katholischen, dem sozialdemokratischen und dem linken Lager unterschrieben. Er stellt einen Appell an die Gewerkschaftsführung dar, ihre Haltung zu den Atomkraftwerken zu revidieren und fordert gleichzeitig alle Arbeiter und Angestellten auf, dieses Thema an ihrem Arbeitsplatz zur Diskussion zu stellen. Unterstützungserklärungen bitte an

J. Woltsche / Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke, Fach 327, 1071 Wien oder an die zuständigen Fachgewerkschaften.

Erwiderung einer Kritik an diesem Aufruf

Die Kritik wurde vom Koordinationsausschuß des Arbeitskreises Atomenergie Wien verfaßt. Um es gleich vorzuschicken, es ist leider eine unqualifizierte und anmaßende Form der Auseinandersetzung, die sie gewählt haben. Anstatt die Bemühungen anzuerkennen und zu betonen, daß zumindest ein Ansatz gefunden wurde, im schlafenden Koloß ÖGB ein bißchen Bewegung in dieser Frage angeregt zu haben, werden Meinungsverschiedenheiten dort konstruiert, wo sie gar nicht bestehen, Verdrehungen angebracht, unterschiedliche Auffassungen damit vom Tisch gefegt, indem man sich auf die "Volksbewegung" beruft und schließlich bestimmte Betriebsräte, die den Aufruf unterzeichneten, auf sehr unfeine Art beschimpft.

Zu den Vorwürfen:

1. "In diesem Aufruf werden die Forderungen, keine Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf - kein AKW in St. Pantaleon und anderswo in Österreich und die anderen zentralen Forderungen der Bewegung mit keinem Wort erwähnt. Der Koordinationsausschuß hält dies in der heutigen Situation für besonders gefährlich und dem weiteren Aufbau der Bewegung abträglich".

Abgesehen von diesem anmaßenden Stil ist auch der Vorwurf überflüssig. Wenn die Forderungen nicht am Ende des Aufrufs sondern in mehrfacher

Ausfertigung im Text stehen, ist dann die Forderung keine Forderung mehr?

2. "Das Ziel dieser Gruppe (Gewerkschaft gegen AKW) ist es, eine Änderung der Haltung der Gewerkschaftsführung zu erreichen. Mehr Ziele hat diese Gruppe nicht... Diese Arbeit hat aber nur dann Bedeutung, wenn sie Teil des direkten Kampfes gegen AKWs und diesen untergeordnet ist".

Hoffentlich sind das nur unglückliche Formulierungen. Oder hält man die Unterzeichner des Aufrufs wirklich für so blöd, bloß ein bißchen in der Gewerkschaft diskutieren zu wollen und dann dem Kampf gegen AKWs ade zu sagen? Abgesehen davon ist die Initiierung von breiten Diskussionen im ÖGB kein wichtiger Teil "des direkten Kampfes"? Schließlich ist es bei einem solchen Vorwurf geradezu peinlich, sich mit der Tatsache zu "rechtfertigen", daß man intensiv versuchen wird, in Gewerkschaftskreisen eine breite Propaganda für die Demonstration am 26.10. zu betreiben.

3. " Der Aufruf enthält Aussagen, die weit über das hinausgehen, was die gemeinsame Grundlage der ganzen Bewegung darstellt. In der Bewegung besteht keinesfalls Einigkeit darüber, daß ohne AKW-Bau die Orientierung auf neue Produktionsziele möglich ist

und daß der AKW-Bau selbst Ursache für den Ausbau des Gewaltapparats sei. Der Aufruf enthält somit eine Plattform, die einen gewaltigen Teil der bestehenden Bewegung und die Mehrheit derjenigen Lohnabhängigen, an die man sich gerade richten will, ausschließt".

Es ist bedauerlich, daß in dem Rundschreiben der AKW-Gegner, in dem der Aufruf und die Kritik daran stehen, die Namen der Unterzeichner ausgelassen wurden. Außer dem GLB (KPÖ-Fraktion) gehören sie allen gewerkschaftlichen Fraktionen an. Viele von ihnen arbeiten auch in Gruppierungen der IÖAG (die Bewegung) mit. Ob "eine Orientierung auf neue Produktionsziele ohne AKW-Bau möglich sei, ist gar nicht eine Problemstellung des Aufrufs. In diesem wird behauptet, daß mit dem Atomstrom weiter eine bedenkliche Entwicklung gefördert wird, und daß ohne AKWs deshalb eine Neuorientierung leichter möglich ist. Über die Notwendigkeit, so glaube ich, besteht unter fast allen AKW-Gegnern eine Einigkeit. Geteilte Meinungen gibt es darüber, ob die Neuorientierung im Kapitalismus oder erst im Sozialismus möglich ist, und wenn sie erst im Sozialismus möglich ist, ob das durch Reformen im Kapitalismus vorbereitet werden kann oder



nicht. Aber all diese Fragen werden im Aufruf so und so nicht angeschnitten. Im Aufruf wird bloß sehr vage das Ziel der Neubestimmung angegeben. (Gesamtgesellschaftliche Planung, sinnvollere Produkte, weniger Energie- und Rohstoffverschwendung, mehr soziale Dienstleistungen, stärkere Dezentralisierung etc.) Es stimmt, daß die Zwischentüberschrift "Atomkraftwerke führen zum Polizeistaat" nicht recht glücklich gewählt ist. Atomkraftwerke können einer von vielen Vorwänden für den verstärkten Einsatz von polizeistaatlichen Methoden sein. Diese wegen ihrer Verkürzung unrichtige Überschrift ist aber sicher wieder nicht so ein Malheur, "daß man damit gleich einen gewaltigen Teil der Lohnabhän-

gigen ausschließt". Nimmt sich da der KB nicht ein bißchen zu voll?

4. "Der Aufruf hält an keiner Stelle fest, wer die hauptsächlichsten und un-mittelbaren Gegner der Bewegung sind: Die Staatsorgane... Wenn man nicht klar den Feind bezeichnet, wird man die Bewegung auf Irrwege führen. Um den Zusammenschluß der Volksbewegung zu ermöglichen, sind die Forderungen der IÖAG an und gegen den Staat gerichtet".

Es war ein nicht beabsichtigtes Ver-säumnis, die Rolle der Regierung in keinem Abschnitt zu behandeln. Auch wenn es sicher nicht schadet, so oft wie möglich anhand der AKW-Frage die undemokratische Vorgangsweise der Regierung aufzuzeigen, so ist doch von der "Volksbewegung" anzunehmen,

daß sie genug eigenen Verstand besitzt, um sich beim Durchlesen einer Anti-AKW-Plattform ohne einer solchen Passage nicht gleich "auf Irrwege führen zu lassen". Vielleicht ist die "Volksbewegung" auch ein wenig von selbst und nicht nur vom Lesen von Plattformen draufgekommen, daß die Regierung bei den AKWs mit un-guten Tricks arbeitet. Und vielleicht ist überhaupt diese ganze Kritik vom Koordinationsausschuß eher ein Kampf "unter blödem Federvieh, das mit dem roten Kamm und Kikeriki zur Gaudi der Bourgeoisie...."?



Hitlerboom

Eine neue Karriere?

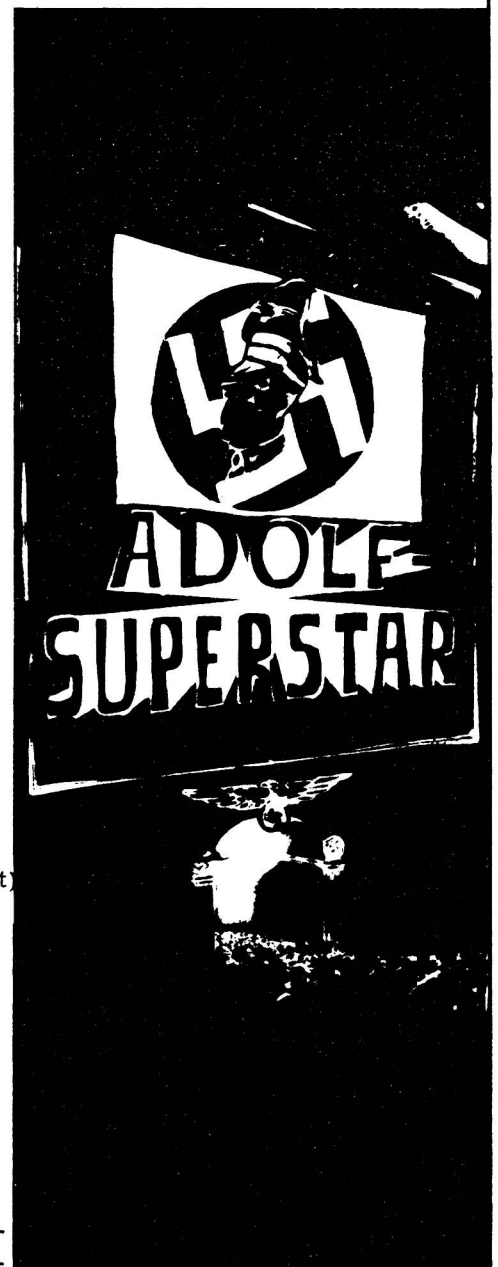
"Die Methoden der Armee sind vom einfachen Volk gebilligt worden, daß endlich einmal Ruhe, Ordnung und Sicherheit haben wollte... Ist uns vielleicht Lateinamerika in der politischen Entwicklung voraus? Ohne Zweifel. Nicht nur in Terror und Terrorbekämpfung, nicht nur in den Techniken..." schreibt das halboffizielle CDU-Blatt "Rheinischer Merkur" über Südamerika. In diesem verrückten Klima wird die Hitler-Welle in Deutschland und Österreich verständlicher und noch gefährlicher.

Alltag

1. Die "unbewältigte Vergangenheit" lebt. Nicht nur die Existenz neofaschistischer Gruppen, besonders an der Universität, die Kandidatur der NDP, Schmieraktionen auf Jüdengräbern usw. bezeugen, daß der Faschismus bei uns nicht etwas ist, was "überwunden", d.h. aus jeder politischen Praxis verschwunden ist. Auch die in regelmäßigen Abständen profitablen "Booms" in allen Medien und Publikationen zeigen, daß das Phänomen des Faschismus immer noch ein beträchtliches, zum großen Teil aber unreflektiertes Interesse vorfindet. Wem sind nicht Aussprüche wie "Do kearat hoit a Hitla hea" usw. aus dem Alltag bekannt?

Der blinde Fleck im Faschismusverständnis

2. Was sich im Alltagsbewußtsein widerspiegelt, die zwiespältige Stellung zum Faschismus nämlich, läßt sich auf allgemeinerer Ebene in den Legitimationen, die die öffentlichen Institutionen und die Kulturindustrie anbieten, ablesen. (Etwa so: Beseitigung der Arbeitslosigkeit gut/Krieg und KZ schlecht) Weder der Zusammenhang, noch der Stellenwert dieser Phänomene wird im öffentlichen Bewußtsein reflektiert. So gibt das "Lern- und Arbeitsbuch für Geschichte und Sozialkunde", das in Österreich für die 8. Klasse AHS approbiert ist, Aufschluß darüber, wie die Phänomene "Arbeitsplatzbeschaffung" und Rüstung nur durch die Persönlichkeit Hitlers zusammengesetzt werden. Es heißt hier, durch-



aus wohlmeinend: "Er hatte Deutschland innerhalb von drei Jahren wieder einen angesehenen Platz unter den Staaten Europas verschafft und erntete selbst bei namhaften Persönlichkeiten des Auslandes Hochachtung". (S.86). Wieso kam es dann zum Krieg, wenn es den Leuten so gut gegangen ist?



„Neues Geschichtsbuch gefällig?“

Hier gibt dieses Mittelschulbuch folgende Auskunft:
"In Wirklichkeit aber wurde Hitler durch seine Erfolge immer überheblicher und daher in seinen Forderungen schließlich maßlos". (S.86)

Auch heute noch wird der Zusammenhang von wirtschaftlichem Aufstieg Deutschlands und den Kriegereignissen unterschlagen, und somit die Basis für eine Erklärung der Beseitigung der Arbeitslosigkeit: Die sowohl intensiv wie extensiv steigende Ausbeutung der Arbeitskraft und die Forcierung der Produktion unproduktiver Güter, der Rüstungsindustrie.

Die NSDAP erfüllte daher für die deutschen Monopolkonzerne zwei wichtige Funktionen: Erstens die Liquidierung jeder gewerkschaftlichen Organisation und der Arbeiterparteien, andererseits die staatliche Regelung zur "kostenlosen" Produktion von Gütern, deren Herstellung keine nennenswerten Profite mehr abwerfen konnten. Diese Dienste, die die NSDAP für die Großbourgeoisie erfüllte, und sie als Partei des Großkapitals an die politische Macht brachten⁺, werden in der Auseinandersetzung der bürgerlichen Medien mit dem Faschismus geflissentlich übersehen.

Wie immer, wenn es ökonomische Tatbestände zu verschleiern gilt, werden wir in das Reich der Ideen versetzt.

So auch von den diversen Publikationen und Filmen des Hitlerbooms:

Wir werden auf die dämonische Gestalt des NS-Unholds verwiesen, Suggestion, Rhetorik, Abenteuer-tum. Wir hören, daß er in Wien als "verkanntes Malgenie" im Wagner-Rausch einen Machthunger entwickelt hatte, der schließlich die Welt ins Verderben stieß.

Mit der Liquidierung des Satans und seiner Unterteufel sei, so schallt es aus dem Ideenhimmel, die Gefahr des Faschismus gebannt. Am Ende des "Tausendjährigen Reiches" stehe ein neuer Anfang, so künden es die Rechtsfertigungsproduktionen der Nachkriegszeit.

Indes: Der Konzern Siemens existiert nach wie vor. Krupp, Thyssen, I. G. Farben (die an den KZ's Millionen verdiente) waschen ihre Hände in Unschuld und Dividenden. Da die zur Sicherung der Profite notwendige Kooperation der Konzerne mit der NSDAP nicht in die Rechtfertigungs-ideologie der Zeit nach 45 aufgenommen wurde, konnte man genau zu dem Ergebnis kommen, daß die Unternehmerkassen ungestraft klingeln ließ: Kapitalismus ja - Faschismus nein. Ein typisch sozialdemokratischer "Erfolg": Bescheidene Anti-Trust-Gesetze als schlaife Reaktion auf die Vergangenheit, die der kapitalistischen Wirklichkeit eher eine Maske als eine Fessel anlegen. Und überhaupt, wer fesselt hier wen?

Während im antifaschistischen Ideenhimmel die Friedenspfeifen qualmen, enthält die ökonomische Basis weiterhin die Strukturen, die nach der Weltwirtschaftskrise 1929 den Faschismus an die Macht hievt.

"Es kann in einem Aufruf gegen den Faschismus keine Aufrichtigkeit liegen, wenn die gesellschaftlichen Zustände, die ihn mit Naturnotwendigkeit erzeugen, in ihm nicht angetastet werden. Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen (B. Brecht).

Zum "neuen" Hitlerboom

3. In einer Zeit einer neuerlichen Krise könnte die Gefahr von 1929 und danach wiederkehren, wenn auch in veränderter Gestalt. Die Krisen von 66, 71 und 73 haben, wie es Friedrich Heer nennt, "demokratische Abnützungerscheinungen" (z. B. Hochschulreform, Notstandsgesetze, Berufsverbote usw. in der BRD) hervorgebracht, die auch die Gestalt der "Rechtfertigungs-ideologie" von 1945 verändert haben. Hitler ist vom Satan zum Star geworden, Popmusik, Revuen und Filme setzen die Entpolitisierung des Faschismus fort.
C. Fests Film "Hitler - eine Karriere", der in Wien einige Wochen lief, arbeitet bereits mit Mitteln der Identifikation. Der abenteuerliche Aufstieg des "Führers" wird anhand seiner Rhetorik und Gestik verfolgt und festgestellt, daß er sie zunehmend perfektioniert. Ein "genialer Zauberer", der "die Massen in Bann schlägt". 1933 ist er "ganz der Führer", "nicht frei von von menschlichen Schwächen". Hitlers "erotische Ausstrahlung" sind für Fest Mittel, den Faschismus schlecht zu psychologisieren. Ein



dämonischer Mister Universum als Ursache des zweiten Weltkriegs. Außer sachlich falschen Informationen (wie: die Linke hätte es 1933 unterlassen, sich zu wehren/oder: Hitler hätte seine Reichskanzlerschaft einer falschen Taktik der Konservativen zu verdanken und nicht dem Druck der Schwerindustrie) zeugt auch die äußere Gestaltung des Filmes von seinem ideologischen Charakter. Fest kommentiert die Zeit um 1937 als Wohlstandsphase und schreibt dies der Wirtschaftspolitik Hitlers zu, ohne die Konzentrationslager zu erwähnen, in denen viele Millionen den Wohlstand zu spüren bekamen. Auch drei Minuten Bericht über die Opfer der KZ's wirken nach 150 Minuten Feiern, Jubiläen, Ovationen, Kinderfesten wie ein an den Schluß des Filmes eilig hinzugeklebtes Alibi.

Warum gerade jetzt?

4. Diese Verniedlichung nationalsozialistischer Verbrechen kann als Form ihrer offenen Leugnung in der profaschistischen Propaganda angesehen werden. So wird in dem Buch

"Die 6-Millionen-Lüge" behauptet, die KZ's wären ordentliche Arbeitslager gewesen und die Vergasung von 6 Millionen Juden sei einfach Lüge, da es in Deutschland selbst nur 300.000 Juden gab. - Die Deportationen aus östlichen Ländern werden dabei geflissentlich verschwiegen. Im Sommer dieses Jahres hätte in Nürnberg ein von Erwin Schönborn, einer Zentralfigur der nationalen Szene Deutschlands, einberufener "Auschwitz-Kongreß" stattfinden sollen, der jedoch aufgrund massiver Proteste demokratischer Organisationen verboten wurde.

All dies stimmt bedenklich zu einem Zeitpunkt, da in Deutschland im Zuge der RAF-Attentate und geschürt von massiver anti-kommunistischer Propaganda seitens der konservativen Medien sich in großen Schichten der Bevölkerung eine Pogromstimmung gegen die Linke ausbreitet. Die Sozialdemokratie, sowohl in Deutschland als auch in Österreich Regierungspartei, gerät zusehends in Zugzwang, zumal man ihr die

Finanzkrise des Staates und die wirtschaftliche Krise ganz allgemein aufbürdet. Diesem Zwang geben beide Parteien sicher in unterschiedlichem Ausmaß nach, jedoch gibt es auch Gemeinsamkeiten. Anstatt sich gerade jetzt auf antifaschistische Kräfte zu stützen, ist sie zu diversen Konzessionen an ihr nationales Wählerpotential bereit (man denke etwa an die Slowenenzählung in Kärnten).

Es ist zu befürchten, daß in dem Maße, in dem sich die ökonomische Krise verschärft, das Kapital sich nach neuen "Sturmtruppen" zur militanten Durchsetzung seiner Interessen gegen die Arbeiterbewegung (auch gegen die Sozialdemokratie) umsieht. Die Menschen, die über Ursachen und Funktion des Nationalsozialismus gestern nicht oder nur mangelhaft aufgeklärt wurden, könnten nur zu leicht einem neuen Faschismus morgen aufsitzen. Darum gilt es jetzt schon, neofaschistische Tendenzen, seien es Organisationen, sei es Ideologie, massiv zu bekämpfen.

★ J. M.

Die Milch der frommen Denkungsart

Unser heutiges literarisches Stichwort:

Staberl

Komische Figur der älteren wiener Posse (Verwandter von Hanswurst und Kasperl), von A. Bäuerle als täppisch-pfiffiger "Paraplumacher" erstmals im Stück "Die Bürger von Wien" 1813 vorgeführt.

Wilhelm Kosch, Deutsches Literaturlexikon; Halle/Saale 1930.

Vorgeführt wird er noch heute. Genauer gesagt seit dem 10. Dezember 1964 steht er wieder auf dem Spielplan der "Kronen-Zeitung", dargestellt von Herrn Richard Nimmerrichter, als sichtbares Symbol, daß man nicht unbedingt über Bühnenbretter schreiten muß, um auf dem Holzweg zu sein. Nimmerrichters Publikumserfolg beruht in seinem Talent, aus der Charakterrolle von Schneewittchens drittem Gartenzwerg ("Wie legst du ihn an? - hintergründig!") einen völkischen Beobachter und Stürmer zu machen.

Die Verehrerpost derjenigen, deren Probleme dieser Mime ohne Ansehen der eigenen Person so rücksichtslos aufspießert, kennt keinerlei Grenzen, schon gar nicht die des guten Geschmacks. Selbst wenn es sich dabei um Grundnahrungsmittel handelt:

Milch

In Ihrer Kolumne „Die Folgen der humanen Milde“ prangern Sie wohl mit Recht die Tendenz des sogenannten „humanen Strafvollzugs“ an und berichten von dem gar seltsamen „Hungerstreik“ der Terroristin und Bankräuberin Waltraud Boock, die im Gefängnis jede Nahrung ablehnt und sich „nur“ von Milch und Kakaopulver nährt. In Ihrer Betrachtung schreiben Sie unter anderem: „Milch nämlich ist bekanntlich das einzige Nahrungsmittel, das alles hat, was der Mensch braucht.“

Wir meinen: Zutreffender und kürzer kann man das Selbstverständliche nicht sagen. Wir möchten Ihnen dafür ein herzliches Danke sagen. **Molkereiverband für Niederösterreich**

Staberl verunglimpfte vor einiger Zeit das Projekt der Sozialistischen Fraktion der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Publizistik und Medien, die ideologisierende Wirkung der der Fernsehunterhaltung zu untersuchen. Daß er dabei Günther Nenning als "Wurstel" bezeichnete und der Erwähnung Bernhard Frankfurters hinzufügte - Scherz laß nach - "es hätte auch ein Debrecziner sein können", läßt befürchten, daß demnächst ein Wursterzeugerverband beifällig rülpsst.

★ R. H.

blätter des iz3w

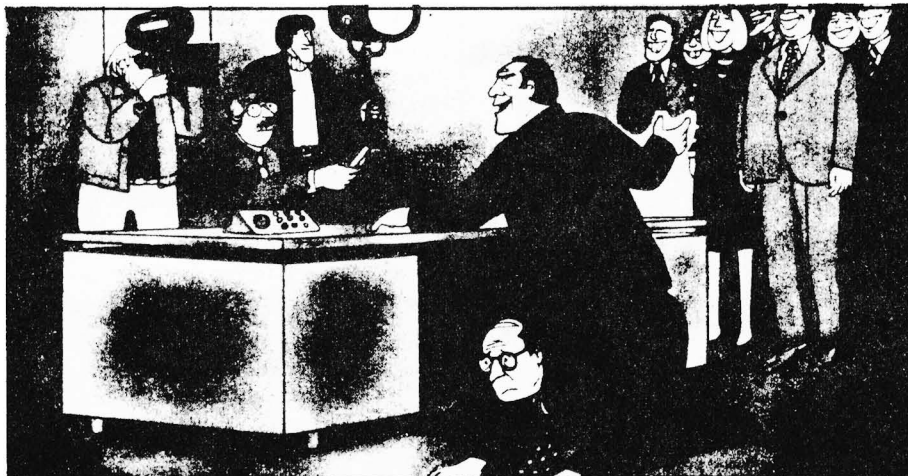
blätter des informationszentrums dritte welt
78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003

Die blätter des iz3w informieren über den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend in der Dritten Welt + über Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen + über Dritte-Welt-Arbeit in der BRD

Abonnement (10 Nummern im Jahr) DM 25,- für Studenten etc. DM 18,-
Probenummer bestellen!

Sieben auf einen Streich

Am 6. September 1977 erschien die zweite Nummer der Betriebszeitung "PERSPEKTIVEN" der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe im Architekturbüro Dr. Kurt Hlaweniczka. Diese Zeitung stellte sich die Aufgabe, die Kollegen über betriebliche Probleme zu informieren und die Diskussion in der Kollegenschaft zu entwickeln. Deshalb heißt es in der zweiten Ausgabe: "Diese Zeitung hat keine vorgegebene Richtung...., ist auf Initiative einiger Kollegen entstanden, die sich vorgenommen haben, den Dialog zwischen den Angestellten und zwischen den Angestellten und den Vorgesetzten zu fördern...". Schließlich wurde auch die Geschäftsleitung eingeladen, in der Zeitung zu schreiben. Am 7. September leistete die Geschäftsleitung ihren "Beitrag":



„Wer immer noch glaubt, wir Unternehmer seien Ausbeuter und Leuteschinder, der sollte sich mal in meinem Betrieb umsehen“

Sieben Redaktionsmitglieder, drei davon befanden sich im Urlaub, wurden vom bekannten SP-Architekten gefeuert. In einem "Mitarbeitergespräch" erläuterte der Chef seinen Untergebenen die Gründe. Er werde es nicht zulassen, daß durch die Betriebszeitung seine Mitarbeiter aufgewiegelt werden. Seine Mitarbeiter sind ca. 100 Angestellte, von denen ein Teil im Hauptbüro und der andere Teil in Bürogemeinschaften (mit anderen Architekten) arbeitet. Die hochgradige Arbeitsteilung, die Hierarchiestrukturen und die daraus entstehenden Probleme haben dazu geführt, daß es in diesem Betrieb zu gewerkschaftlicher Organisierung und Tätigkeit kam. Ein Ausdruck dieser Tätigkeit war die Herausgabe der Betriebszeitung. Diese Entwicklung hält Dipl. Ing. Dr. Hlaweniczka offensichtlich für Aufwiegelung und Anarchie. Bemerkenswert für einen Menschen, der sich

offiziell mit seiner ehemaligen Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter brüestet!

Die in Wien anwesenden Entlassenen nahmen den Hinauswurf nicht widerspruchslos hin. In einem Schreiben an ihre Kollegen erklärten sie unter anderem:

„Wir sind der Meinung, daß diese Maßnahme der Geschäftsleitung nicht nur die Existenzgrundlage der Entlassenen bedroht. Wir betrachten die Entlassungen als beispielgebenden Schritt der Geschäftsleitung gegen alle jene Kollegen, die von ihrem Recht der freien, ungefährdeten Meinungsäußerung Gebrauch machen. Gegen eine derartige Einschränkung der persönlichen Freiheit wehren wir uns und kämpfen daher um die Rücknahme aller Entlassungen und die Wiederherstellung des Dienstverhältnisses jedes Einzelnen.

Die Vorgangsweise der Geschäftslei-

tung hat uns gezwungen, alle uns durch das Arbeitsverfassungsgesetz zur Verfügung stehenden Rechte wahrzunehmen. Die Gewerkschaft der Privatangeestellten unterstützt uns dabei.

In der Wahrnehmung seiner Pflichten hat der Betriebsrat unser volles Vertrauen. Für seine Arbeit und seine Bemühungen danken wir ihm und auch allen jenen Kolleginnen und Kollegen herzlich, die ihm - und damit uns - helfen. Die Solidarität mit dem Betriebsrat und mit uns gegen die Vorgangsweise der Geschäftsleitung ist auch langfristig der wirksamste Schutz gegen derartige Willkürakte und die beste Verteidigung der Rechte und der Würde jedes Einzelnen.“

Die Hinausgeworfenen wurden von der Gewerkschaft und vom Betriebsrat unterstützt. Gleichzeitig protestierte die überwiegende Mehrheit der Belegschaft durch spontane Unterschriftenaktionen gegen diesen Willkürakt und gegen die Einschränkung der Rechte auf freie Meinungsäußerung. Die Ankündigung der Entlassenen, ihre Entlassung beim Einigungsamt anzufechten, die Gefährdung des Planungsfortschritts, die der Ausfall "hervorragender Fachleute" (Hlaweniczka gegenüber der "AZ" am 18.9.1977) mit sich bringt, sowie die Reaktion der Kollegenschaft veranlaßte Dipl. Ing. Hlaweniczka zum ersten Rückzieher.

Mit seinen Architektenkollegen, die durch die Entlassungen geschäftliche Schwierigkeiten befürchten (Terminüberschreitungen, Planungsverzug etc), suchte er eine Lösung, durch die die von ihm gefeuerten und diffamierten Arbeitskräfte für die gefährdeten Projekte genutzt werden können, ohne daß er sein Gesicht verliert. Er empfahl seinen Partnern, die Entlassenen in ihre Büros zu übernehmen.

Ungeachtet aller arbeitsrechtlichen und materiellen Fragen geht es jedoch um mehr: Die Kollegen verlangen ihre Wiedereinstellung bei Hlaweniczka. Sie wollen beweisen, daß das erkämpfte Recht auf gewerkschaftliche Tätigkeit und freie Meinungsäußerung im Betrieb nicht durch Unternehmerwillkür außer Kraft gesetzt werden kann.

Bei Redaktionsschluß hält der Arbeitskonflikt noch an.



Ein Sänger und Agitator

Zweimal an einem Tag konnte man Wolf Biermann in Wien hören. Diese beiden Veranstaltungen sind einen Vergleich wert, so unterschiedlich und sicher auch ein wenig befriedigend (für uns) waren sie.

Im SPÖ-Spektakel. . .

Anlaß seines Aufenthaltes war eine Einladung der SPÖ zu ihrem Jugendfestival 77 im Donaupark. Biermann nahm die Einladung an, er wußte tatsächlich nicht, daß am gleichen Tag das traditionelle Volksstimmefest der KPÖ auf der Praterwiese stattfand. Im Prinzip ist es ja egal, wo Biermann singt (noch dazu, wo die SP-Jugendorganisation diese Einladung mit großen Schwierigkeiten beim Parteivorstand durchsetzte), die Hauptsache ist doch,

wieviele Leute er erreicht. Doch ist es eine politisch sehr unsaubere Methode, das ganze Fest als Konkurrenzveranstaltung zum Volksstimmefest vom Stapel zu lassen und Genossen Biermann nichts davon zu sagen.

Naja, jedenfalls wurde Biermann bewacht und behütet wie ein Star der kapitalistischen Kulturszene, es wurde peinlich darauf geachtet, daß nicht "irgendwer" zu viel und zu lange mit ihm sprach. Das Jugendfestival selber zeigte einem dann in so brutaler Offenheit, was für eine politische Bildungsarbeit die SPÖ unter ihrer Jugend (hauptsächlich in den Bundesländern) leistet. Nämlich gar keine. - Um 95 öS (alles inklusive) wurden die Jugendlichen von den Bundesländern per Bus und Bahn nach Wien verfrachtet, wo sie mit Spannung nicht Wolf Biermann erwarteten, sondern das

"Rock-Festival" mit dem "Superstar" der kapitalistischen Musikszene Suzie Quatro (deren Name schon auf dem Ankündigungsplakat doppelt so groß geschrieben war als der von Biermann - Kleinigkeit am Rande) und nichts sehnlicher wünschten, als daß "der da" endlich aufhört zu singen und von der Bühne verschwindet. So wurde das Konzert sowohl für Biermann als auch für die "paar" Linken dort gleichermaßen peinlich. Das, wodurch sich Biermanns Konzerte auszeichnen, nämlich der Dialog mit dem Publikum, das Gespräch, mußte ausbleiben: Biermann wurde nicht warm, ebenso wenig das Publikum. Dumpfer Antikommunismus und sozialdemokratische Jugend(ver)bildungsarbeit in Form von verschiedenen nebenherlaufenden Veranstaltungen lauerten im Hintergrund. Jeder spürte das, auch Biermann, der allem Anschein nach nicht wußte, was er da eigentlich machen sollte. Er spielte denn auch zumeist alte Lieder und kaum neue. Nach knappen 90 Minuten war die ganze Peinlichkeit (mit vielen Schweigeminuten dazwischen) vorbei. Biermann wurde ins Auto verpackt (wieder keine Gelegenheit, kurz mit ihm zu sprechen) und zum Inlands-schlachthof gebracht.

. . . und draußen in St. Marx

Hier war nun alles schlagartig verändert. Die Atmosphäre war intimer, es wurde diskutiert, gespielt und gemeinsam gesungen. Es zeigte sich hier auch, was für ein glänzender politischer Agitator Biermann ist. Er kann seine Ansichten, manchmal ein bißchen polemisch (was ja nicht schadet), so einfach und jedem verständlich darstellen - etwas, was in der Linken sehr, sehr selten ist, leider! Alles klingt selbstverständlich, spontan.

Es soll nicht die Aufgabe dieses Artikels sein, sich im einzelnen mit den Äußerungen Biermanns auseinanderzusetzen, er soll dazu dienen, durch Zitate zu zeigen, wie einfach (sprachlich nämlich) man komplizierte und schwierige Probleme darstellen kann, ohne sie mit "revolutionärem" Gestus zu verkleiden.

Biermann zum "Eurokommunismus": "Der politische Inhalt dieses Wortes (Eurokommunismus) meint wohl eine Entwicklung der kommunistischen Parteien in Westeuropa, hauptsächlich die, die damit angefangen haben,

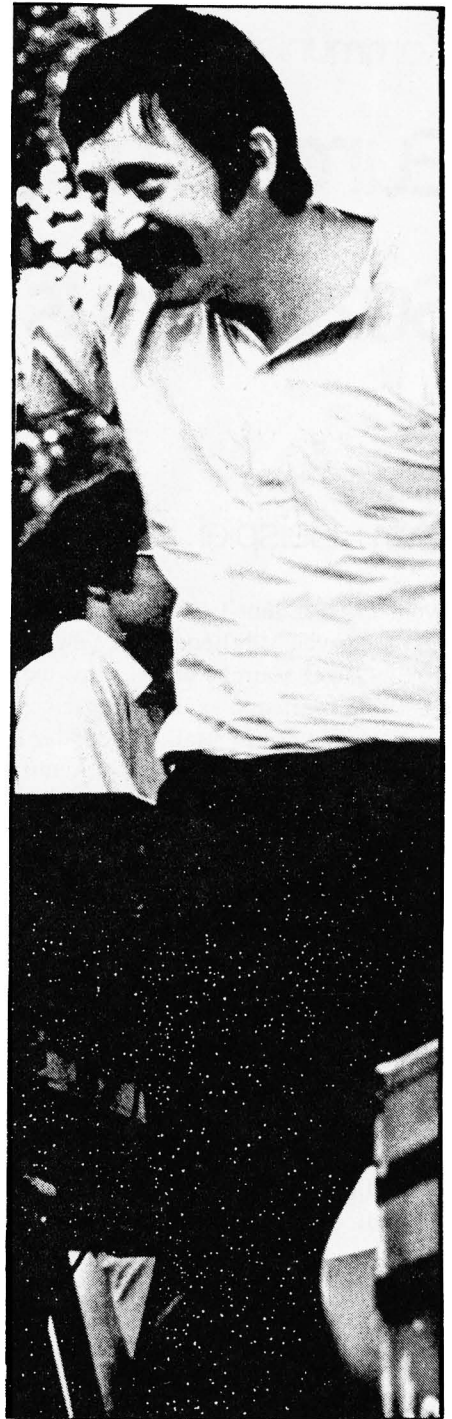
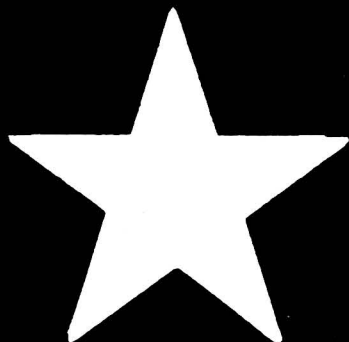
eine Politik zu machen, die auf die Bedingungen ihres eigenen Landes zielt, und die damit aufgehört haben, lediglich als Filialen der sowjetischen Außenpolitik zu arbeiten, weil sie gelernt haben, und die spanische Partei hat das auf eine sehr blutige Weise gelernt, auf eine sehr schmerzhaft Weise, und die griechische Partei auf eine geradezu furchtbar tragische Weise, daß, wenn sie nicht endlich mal ihre eigenen Fehler machen, aus denen sie dann auch Lehren ziehen können, sondern immer nur die Fehler machen, die ihnen von der Sowjetunion vorgeschrieben werden, daß sie dann NIE-MALS irgendetwas bewirken können in ihren eigenen Ländern; und auf lange Sicht gesehen auch der Sowjetunion keinen guten Dienst erweisen. Diese politische Entwicklung bei aller großen Verschiedenheit der Parteien, die eurokommunistisch genannt werden, halte ich für fruchtbar, im Großen und Ganzen für richtig, und wenn ich richtig und fruchtbar sage, dann meine ich das allerdings im marxistischen Sinne, d.h. wert, auch kritisiert zu werden. Und ich denke, daß gerade die italienische KP es verdient hat, kritisiert zu werden. Und ich meine das Wort "verdient" wirklich nicht im ironischem Sinne, denn es gibt Leichname, politische Leichname, an denen jeder Kritikversuch scheitert", und wenn er dann polemisch hinzufügt: "Ja, und in diesem Sinne, wie die Sansculotten sich auch Sansculotten nannten, das war ja ursprünglich ein Schimpfname, um sie herabzuwürdigen, sie lächerlich zu machen, will ich mich gerne, damit es so einfach und falsch dasteht, Eurokommunist nennen", spricht das ja schon für sich. Auf die Feststellung, daß die spanische KP für die Monarchie ist, wird Biermann unfreundlich: "Die spanische KP ist der Meinung, daß nach 40 Jahren Faschismus die Frage in diesem Land, in dem du nicht lebst und nicht kämpfst und nicht leidest, sondern hier in Österreich wohlgenährt an der Donau etwas erzählst, die spanische Partei ist der Meinung, und das nimmst du bitte zur Kenntnis, du kannst ja dagegen sein, ich will's dir nur mitteilen, daß in Spanien im Moment historisch nicht auf der Tagesordnung steht, Monarchie oder bürgerliche Republik, du scheinst irgendwie besonders entzückt von der bürgerlichen Republik zu sein, sondern Diktatur oder wenigstens eine bürgerliche, d.h. unvollkommene Demokratie, in der die Kräfte, die für eine

sozialistische Alternative kämpfen, sich erstmal aus den blutigen Kellern des Faschismus herausbewegen können, und ich finde es geradezu zynisch, sich darüber zu mokieren". Hier spricht viel von dem heraus, was Biermann einige Stunden vorher sagte: "Die ganze Menschheitsliebe ist ein Scheiß, wenn ich nicht einige Menschen liebe. Wenn das nicht der Fall ist, wie kann ich da die Menschheit lieben?"! Kommentare zu den Pressemeldungen sind überflüssig, oder auch mit einem Biermannzitat zu beschenken: "Im Westen die Zeitungsschreiber, sie lügen frech wie sie wollen - ich habe gleich hier in Österreich eine Lektion dafür gekriegt; war gestern auf einer Pressekonferenz und habe wahrscheinlich viel zu viel erzählt, man muß wohl immer nur, wie es in der Bibel verlangt wird, sagen jaja nein, nein, aber das wird dann auch noch mißverstanden; ich habe gestern auf der Pressekonferenz darüber gesprochen, für wie gefährlich ich es halte, daß das mächtigste Land in Westeuropa, die Bundesrepublik mit seiner starken Wirtschaft, seiner großen Arbeiterklasse und seiner großen Militärmacht, die schwächste sozialistische Arbeiterbewegung in Europa hat; in der Zeitung stand heute, ich hätte mich darüber beschwert, daß Österreich so eine schwache sozialdemokratische Partei hat; sind alles verhin-derte Dichter, offenbar"!

Sicher sind viele von Biermanns Äußerungen in seinem Sinne es "wert, kritisiert zu werden", denn die Alternativen sind nicht "wahr" oder "falsch", das wäre völlig unmarxistisch und ein stalinistischer Begriffskatalog, mit dem nichts anzufangen ist.

Jedenfalls war das Auftreten Biermanns im Inlandsschlachthof in vielem lehrreich. Hoffentlich wars für ihn im Donaupark genauso lehrreich.

Wolfram Seidler



**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 68 20 392

Eurokommunismus

Sozialismus für Europa?

Am Beispiel Italien

Vom 17.-19. Juni 1977 fand in Westberlin ein Seminar zu diesem Thema statt, das von Mitgliedern der SEW, dem Sozialistischen Büro und der Redaktion "Langer Marsch" organisiert wurde. Aus Italien waren gekommen:

- Lucio Lombardo Radice, Professor für Mathematik, Mitglied der PCI seit 1938 und des Zentralkomitees der PCI seit 1969, heute exponierter Vertreter einer liberal-eurokommunistischen Tendenz innerhalb der Partei, verantwortlich für die Arbeit der PCI in der BRD, auch persönlich engagiert in Fragen zur politischen Unterdrückung bzw. Verfolgung der Opposition in osteuropäischen Staaten. (Anwesend war auch der Berliner Korrespondent der PCI).
- Felice Besostri und Paolo Sagale, beide Mitglieder der PSI. Besostri, der gegenwärtig für die Regionalpolitik beim Parteivorstand in Milano verantwortlich ist, war früher Vorsitzender der Jungsozialisten auf EWG-Ebene, heute ist er Mitglied der EWG-Kommission der PSI. Sagale ist Korrespondent des AVANTI in Bonn.
- Roberta Popafiori, aktiv in der italienischen Frauenbewegung und seit kurzem Mitarbeiterin des Westdeutschen Rundfunks in Köln.
- Aldo Natoli, seit etwa 1938 PCI-Mitglied, zugehörig zur Gruppe Lombardo-Radice, Bufalini, Alicata und Ingrao in Rom, befreundet mit Lombardo-Radice, gegen dessen u. a. Stimmen 1969 aus der PCI ausgeschlossen, so dann führendes Mitglied der Gruppe IL MANIFESTO, heute politisch unabhängig und journalistisch tätig.
- Peter Kammerer, seit 1962 in Italien, Mitarbeiter im Zentrum Emigrazione-Immigrazione (emim)-Rom, politisch unabhängig.
- Mario Telo, Professor für Politik, Mitglied der PDUP, Gramsci-Interpret.
- Carlo Donolo, Professor in Salerno, politisch unabhängig, der Neuen Linken zuzurechnen.

Wir geben im Folgenden einige wichtige Passagen aus einer Diskussion bei der Großveranstaltung, die am Abschluß des Seminars stattfand, wieder, (entnommen aus "Studien für Zeitfragen-Links, Nr. 17/1977).

Aldo Natoli: Kein Weg zum Sozialismus

Auf dem Flugblatt, mit dem diese Veranstaltung angekündigt wurde, stand als Hauptfrage: "Historischer Kompromiß oder Linke Alternative - welcher Weg führt zum Sozialismus in Italien?" Meine Antwort: weder der eine noch der andere Weg führt zum Sozialismus. Und in dieser negativen Antwort ist das ganze Drama Italiens heute enthalten.

Der historische Kompromiß führt mei-

ner Ansicht nach nicht zum Sozialismus. Er ist... in erster Linie... ein Bündnisangebot an die christdemokratische Partei, die 30 Jahre lang regiert hat und hauptverantwortlich ist für den ökonomischen, sozialen und politischen Ruin Italiens.... Einer solchen Partei eine gemeinsame Aktion zu demokratischen Reform des Staates vorzuschlagen, kann meiner Ansicht nach zu keiner positiven Lösung der italienischen Krise führen.

Die Strategie der christdemokratischen Partei zielt einzig darauf ab, die PCI bei der Arbeiterklasse und bei breiten Teilen des Volkes in Mißkredit zu bringen.... Die Christdemokraten versuchen, den Mythos, den die PCI um sich geschaffen hat, als Partei, die fähig ist, das Land zu führen... zu zerstören und damit nicht nur die Partei zu treffen, sondern die demokratischen Errungenschaften, die in den letzten Jahren durchgesetzt worden sind. Worauf die Christdemokraten in Italien abzielen, ist, es durch einen solchen Mißkredit bei den Massen zu Neuwahlen kommen zu lassen, und zwar in relativ kurzer Zeit... um dort wieder die Mehrheit zu bekommen, die es den Christdemokraten erlauben würde, wieder allein die Macht auszuüben. Darum glaube ich, daß der Historische Kompromiß heute in einer tiefen Krise steckt und daß zur Verwirklichung dieses Kompromisses der Partner fehlt, nämlich der wirkliche Wille der Christdemokraten.

Man muß hinzufügen, daß auch die sogenannten Neue Linke in Italien in einer tiefen Krise steckt... die versucht hat, sich vor allem in den letzten Jahren als Alternative anzubieten. Die Neue Linke bezahlt heute die Fehler, die sie in der Vergangenheit gemacht hat. Fehler, die darin bestehen, daß sie ihre Politik improvisierte, daß sie zu schnell war in ihren Entschlüssen, zuviel Eile hatte, daß sie sich nicht wirklich mit den Massen verbündet hat, daß sie vor allem unfähig war, ein wirkliches Verhältnis zur Arbeiterklasse herzustellen und eine klare Linie gegenüber der KP zu beziehen.

Ich bin mir klar darüber, daß ich hier sehr negative Urteile abgebe. Aber ich glaube, als Kommunist, was ich zu sein glaube, und der ich seit 40 Jahren aktiv bin - daß es meine Pflicht ist, hier nicht Propaganda zu machen, sondern die Wahrheit zu sagen. Und diese Wahrheit besteht darin, daß Italien und nicht nur Italien einen Weg in Richtung Kommunismus wiederaufnehmen muß. Das be-

deutet ein langfristiges Unternehmen, und die Grundvoraussetzungen für dieses Wiederfinden des Weges in Richtung Kommunismus besteht darin, daß wir unsere Erfahrungen kritisch überprüfen. Nicht nur die Erfahrungen der letzten zehn Jahre Klassenkämpfe in Italien, sondern der 60 Jahre kommunistischer Bewegung in Europa und in der Welt, eingeschlossen die Erfahrungen der Länder, die heute von sich behaupten, sie seien sozialistisch. Für uns in Italien bedeutet eine solche kritische Prüfung zunächst, daß die PCI in die Opposition zurückkehrt, daß sie die Einheit mit der gesamten Linken herstellt und sich auf einen langfristigen Kampf vorbereitet und sich ernsthaft (Konzeptionen) erarbeitet, welcher Weg wirklich zum Kommunismus führen kann.

Felice Besotri: Ohne Christdemokraten

Die PSI hat sich seit ihrem 40. Kongreß 1976 für die "Strategie der Alternative" entschieden, nach zehnjähriger Erfahrung der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten in der Mitte-Links-Koalition. . . . Deshalb heute die Strategie der "Alternative", die sich auf die PCI und die PSI stützt, sich aber nicht auf diese beiden Parteien begrenzt.

Eine Perspektive der reinen Kombination von Parteien, d. h. eine traditionelle Volksfrontpolitik, hat keine Möglichkeit, Erfolg zu haben in unserem Land. Es ist notwendig, daß durch eine Politik der "Alternative" auch breite Massen der Katholiken einbezogen werden.

Die Politik der "Alternative" ist ähnlich der der französischen sozialistischen Partei mit einem gemeinsamen Programm. Aber diese Politik findet auch unter anderen Voraussetzungen statt, d. h. die französischen Genossen konnten ihre Politik entwickeln unter den Bedingungen der politischen Stabilität der gaullistischen Mehrheit. Im Gegensatz dazu befindet sich Italien in einer schweren . . . Krise, was den italienischen linken Parteien nicht erlaubt, solange zu warten, bis die Widersprüche unseres Systems sich verschärfen. Deshalb teile ich nicht die Meinung von Genossen Natoli, daß die Perspektive die Opposition sein müsse. Eine solche Perspektive ist keine Strategie. Eine Partei muß den Anspruch haben, in die Regierung zu

gehen, um ihr Programm zu realisieren.

Die Sozialisten und auch die Kommunisten haben Vorschläge unterbreitet . . . Bis jetzt haben die Christdemokraten noch einmal mit Nein geantwortet.

Also: Neben der zehnjährigen Erfahrung der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten hat uns auch die heutige Erfahrung. . . überzeugt, daß eine längerdauernde Zusammenarbeit mit den Christdemokraten nicht möglich ist. Deshalb sind wir nicht einverstanden mit der Strategie des Historischen Kompromisses.

Es ist in unserem Lande notwendig, daß die linken Parteien zusammen diskutieren und zusammen eine Strategie ausarbeiten. Einerseits ist es nicht möglich, eine Politik des "Historischen Kompromisses" zu betreiben, die sich gegen die PSI richtet, und andererseits ist eine Politik der "Alternative" ohne die PCI unmöglich.

Nach den chilenischen Erfahrungen gibt es gegenüber der Politik der "Alternative" einige Kritiken. Man sagt, daß, wenn in einem kapitalistischen Land die Linke eine breite Mehrheit hat und die Macht übernimmt, automatisch eine Destabilisierung eintritt, die eine Intervention von außen herbeiführt. Das internationale kapitalistische System reagiert unmittelbar. Deshalb ist es notwendig, eine breite Allianz zu bilden. . . Es gibt eine Reaktion. Aber um einen Weg zur Ausdehnung der Demokratie zu finden und zum Ausbau des Sozialismus auf eine friedliche und demokratische Weise, kann nicht nur die einzelne nationale Arbeiterbewegung die Verantwortung dafür tragen. Wenn eine nationale Arbeiterbewegung allein gelassen ist, um die Lösung der Probleme zu bewältigen. . . kann sie dies nicht lösen. Eine Kritik also gegenüber einer linken Koalition, die darauf hinweist, daß dies Interventionen herbeiführen kann, bedeutet eine Kritik gegenüber dem Mangel an internationaler Solidarität. Eine der Voraussetzungen für jeden Versuch, in einem Land Westeuropas effektive Reformen durchzuführen, ist, daß es in den anderen Ländern eine so starke Arbeiterbewegung gibt, die diese Experimente unterstützen kann. Das ist

„tive“ erscheint mir nicht passend, weil das eine nur-parlamentarische Wende wäre. Und die Sache ist nicht so einfach. Sie ist nicht nur parlamentarisch zu lösen.

Basisdemokratie und repräsentative Demokratie sind für uns kein Gegensatz. Es ist vielmehr eine dialektische Verknüpfung, eine dialektische Einheit. Es handelt sich nicht nur um eine parlamentarische Umwälzung, einen Parteienwechsel, sondern auch um einen Sprung der organisierten Demokratie, um eine Entwicklung der Organe der Basisdemokratie. In solchen Organen, in Fabrik- oder Schul- oder Stadtteileräten gibt es schon eine breite Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und christlichen Demokraten. Das heißt, es gibt einen Prozeß, eine Massenbewegung, eine einheitlich organisierte Massenbewegung und nicht nur etwas an der Spitze, weil es eine Massenbewegung der Zusammenarbeit gibt. Beispielsweise die Gewerkschaften in Italien sind einheitliche und föderative Gewerkschaften unter Mitarbeit von Sozialisten, Christen und Kommunisten. Das ist eine tagtägliche Zusammenarbeit.

Die Arbeiterklasse und die Arbeiterparteien müssen als Regierungsparteien denken, auch wenn sie oppositionelle Parteien sind. Wir haben immer versucht, eine Regierungspartei zu sein in dem Sinne, daß wir uns verantwortlich fühlen für die gesamte nationale Gesellschaft. Antonio Gramsci sagte den faschistischen Richtern: "Ihr werdet unser Land zerstören, und wir, die Kommunisten, werden es retten". Und in diesem Sinne müssen wir immer als Regierungspartei und -klasse denken.

In diesem Augenblick gibt es eine ernsthafte Gefahr. Die Gefahr der Verzweiflung, der Avantgarde- und Gewaltideologie, der Minderheitspsychose. Das wäre ein sehr gefährlicher Rückschlag gegenüber der entwickelten Hegemoniedenkweise. Unsere Perspektive ist eine des Prozesses der Demokratisierung der Verwaltung im weitesten Sinne. Also: Verbreiterung der Basisdemokratie, Demokratisierung des Staatsapparats, demokratische Staatsreform.

Es ist heute ein harter Kampf, kein friedlicher Vertrag. Der Erfolg ist



eine Voraussetzung für jede weitergehende Perspektive. Deshalb hat die Sozialistische Partei Italiens ihre Kontakte mit den anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien intensiviert. Wir wissen, daß es verschiedene Traditionen, Kampfmethoden und Konzeptionen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gibt. Aber wir glauben, daß die Möglichkeit in Frankreich und auch in Italien besteht, eine linke Regierung zu sichern, auch - zwar nicht nur - in der Solidarität der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Das ist eine unabdingbare Notwendigkeit. Ich weiß sehr wohl, daß das Publikum dieser Veranstaltung Kritik an ihrer eigenen nationalen sozialdemokratischen Partei hat. Aber es ist eure Aufgabe, die politische Diskussion mit der deutschen Sozialdemokratie zu führen und die politischen Probleme zu klären. Auf jeden Fall: wir als italienische Sozialisten glauben, wollen und wünschen, daß in der Situation, wenn in Italien und Frankreich eine linke Koalition die Regierung übernimmt, eine Intervention der USA keine Unterstützung in der BRD finden kann. Deshalb ist die Solidarität zwischen der Italienischen Sozialistischen Partei und der westdeutschen Sozialdemokratie notwendig. Das ist wichtig für den Erfolg auch der "linken Alternative".

Prof. Lucio Lombardo-Radice: "Linke Alternative" nicht

Seit 30 Jahren gibt es in Italien ein DC-Regime... Es wurde insbesondere in der letzten Periode ein korruptes Regime, gekennzeichnet durch Korporatismus, Immobilismus, Verschmelzung von öffentlichen und privaten Interessen... Doch heute, seit dem 20. Juni 1976, nach der tiefen Krise Italiens und Europas, ist tatsächlich dieses Regime in Frage gestellt... Es ist nicht so eine allgemeine Frage, Sozialismus, Reformismus o.ä.; es ist die Frage der Existenz des DC-Regimes.

Warum derartig harte Kämpfe gegen eine mögliche Wende? ... Gerade weil die Frage einer Wende, einer Veränderung des Regimes jetzt auf der Tagesordnung steht. Die Perspektive einer Parteiabwechslung in der Regierung nach englischem Muster scheint mir für Italien unpassend zu sein. Die sogenannte "Links-Alternativa"

keineswegs von vornherein sicher. Es ist auch möglich, daß die Kommunistische Partei Italiens Fehler macht... Es gibt mehrere Gefahren, z.B. die Gefahr der Erpressung durch die DC, sich ihr zu unterwerfen. Entweder die PCI unterstützt die Regierung Andreotti, das sog. Nichtmißtrauen, oder Chaos und Anarchie und Inflation. Man darf sich dieser Erpressung nicht unterwerfen.

Es gibt auch die Gefahr, mehr Regierungs- als Kampfpartei zu werden. Aber wir müssen absolut beides sein, Regierungs- und Kampfpartei. Wir müssen harte Kämpfe zur gleichen Zeit führen, in der wir auch ein Regierungsprogramm skizzieren. Eine Rückkehr zur Opposition, was bedeutet das? Ich habe es nicht verstanden, was Aldo Natoli sagte. Als taktisches Druckmittel gegenüber der DC ist es wichtig, deutlich zu machen, daß wir nicht für ewig enthalten sind. Es mag sehr wohl sein, daß es nötig ist, einen starken Druck auszuüben und wieder taktisch zur Opposition zu werden. Doch strategisch müssen wir immer als führende Kraft und Partei denken, und wir dürfen faktisch nicht anerkennen, daß die Bourgeoisie die Hegemonie hat. Die Bourgeoisie hat nicht mehr die Hegemonie. Sie muß die heutigen Veränderungen akzeptieren.....

Elmar Altvater: Keine großen linken Sprüche!

... Wenn wir uns die Situation noch einmal vergegenwärtigen, zunächst einmal von links her betrachtet in den einzelnen Ländern, dann glaube ich haben wir hier in der BRD allen Grund, recht kleine Brötchen zu backen. Wenn der Genosse Besostri von der Sozialistischen Partei hier spricht, dann repräsentiert er, rein quantitativ betrachtet, immerhin an die zehn Prozent der Wählerstimmen. Wenn der Genosse Lombardo-Radice hier spricht, dann immerhin über ein Drittel der italienischen Wählerstimmen, und er kann sich Kommunist dabei nennen. Wenn der Genosse Natoli hier spricht, dann repräsentiert er zwar nicht so viele Wählerstimmen, aber - und das ist ebenso wichtig, das kann man nicht quantitativ festhalten - er repräsentiert einen ganz wesentlichen Erfahrungs-

strang, der bei uns weitgehend durch Faschismus, durch Stalinismus und durch die Adenauerära abgeschnitten worden ist. So daß wir hier gezwungen sind, fast neu und fast traditions- und geschichtslos wieder anzuknüpfen.

Wenn wir hier zusammen sind, dann sind wir fast unter uns. Die ältesten, die hier sind, dürften so an die 40 sein, mit ganz wenigen Ausnahmen. Das sind alle die, die durch die Studentenrevolte politisiert wurden, vielleicht auch schon ein wenig früher. Die meisten sind jüngere Studenten. Arbeiter sind kaum hier. Das ist eine andere Situation, als wir sie in Italien, Frankreich oder auch selbst in Spanien nach 40 Jahren Faschismus vorfinden. Insofern müssen wir uns immer darüber klar sein und daher vor großen Sprüchen der Linken zurückerschrecken, wenn wir uns über Strategie, wenn wir uns über europäische Zusammenhänge unterhalten...

Im folgenden befaßte sich Altvater ausführlich mit den Problemen der BRD als rechter Ordnungsmacht in Europa. Es folgten dann Ausführungen über eventuelle linke Reaktionen darauf.

... auch wenn wir also die Wahlen zu dem Europäischen Parlament und eine linke Wahlliste mit guten Gründen ablehnen müssen, bedeutet das nicht, daß wir nicht mit den anderen linken Organisationen, z.B. auch Kommunistischen Parteien, obwohl wir da Schwierigkeiten haben, da wir viel zu klein und zu unwichtig sind im Verhältnis zur italienischen KP - sollten wir aber doch versuchen, hier gemeinsame Alternativkonzeptionen zu entwickeln.

Die gegenwärtige Krise betrifft alle westeuropäischen Länder und darin steckt auch etwas Gemeinsames für die Arbeiterbewegung und für die linken Organisationen eigentlich in allen westeuropäischen Ländern. Es stellt sich ein Problem jeweils in gleicher Dringlichkeit, in Italien, in Westdeutschland, in Frankreich. Nämlich das Problem, daß in den Regierungspakt des Gürtel-enger-Schnallens, der Austerität, auch die Gewerkschaften eingebunden werden und sozusagen zu Transmissionsriemen der kapitalistischen Logik der Krisenbereinigung werden sollen. Ich glaube, daß wir als Linke, die wir sowieso verpflichtet sind, in den Gewerkschaften zu

arbeiten, dafür einzutreten haben, daß die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber einer solchen Vorstellung von Krisenpakt auf Kosten der Arbeiterklasse durchkommt und daß die Einbindung in eine solche Regierungspolitik abgelehnt wird - in der BRD wie auch in Italien, denn sonst könnten wir die Demokratisierungsstrategie abschreiben.

Eine rechte BRD, und so lautet ja die Frage, könnte tatsächlich zu einem rechten Ordnungshüter in Europa werden, und ich glaube, wenn wir gegen die politische Repression und die Tendenzen der Rechtsentwicklung der BRD angehen, mit unseren schwachen Mitteln, aber ich hoffe, daß dies effizienter werden kann und muß - dann tun wir damit auch den anderen linken Gruppierungen und demokratischen Kräften in anderen Ländern einen Gefallen, und wir können auf dieser Basis zusammenarbeiten.

Peter Kammerer: Aufbau von Gegenpositionen

Unter den Einschätzungen der italienischen Genossen... herrscht eine ganz tiefe Diskrepanz. Natoli ist außerordentlich pessimistisch bei der Einschätzung der Lage, und mir scheint, Lombardo-Radice und der Genosse von der PSI sind außerordentlich optimistisch.

Ich glaube, wir sollten hier nicht einfach Wetten abschließen, wer hat recht, ich setze auf die und die; wir werden es in ein paar Monaten merken - was unbedingt notwendig ist, wäre eine gemeinsame, eine möglichst gemeinsame Untersuchung der Gründe für den Optimismus, für den Pessimismus und einer möglichst gemeinsamen Strategie zur Überwindung der Schwierigkeiten, die sich hier stellen.

Und die kommunistische Partei sieht sehr wohl, daß die Regierungsbeteiligung allein die Probleme Italiens nicht löst... sondern daß im Land die sozialen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit eine Regierungsbeteiligung, eine institutionelle Reform im Land tatsächlich auch abgesichert wird und auch durchführbar ist. Das heißt praktisch: Aufbau von Gegenpositionen.

Im folgenden: Ausführungen über autonome Formierungen der Arbeiterklasse.

... Auf diesem Weg muß weitergegangen werden, auf diesem Weg können Erfahrungen gesammelt werden, die dann wirklich die Arbeiterklasse zur Führung berechtigen und auch zur Führung fähig machen. Das führt uns zum Verhältnis von realer Basisdemokratie zu Institutionen und formaler Demokratie. In den Arbeitsgruppen war immer wieder die Rede davon, und das ist ein Grundproblem für Italien, daß die Massen heute Bedürfnisse und Fähigkeiten entwickelt haben, die in Konflikt gekommen sind mit dem, was der Staatsapparat oder was die Institutionen ihnen heute zusichern. Und wenn man als Intellektueller von den Bedürfnissen der Massen spricht, kommt man da leicht in einen falschen Zungenschlag rein. Aber das war ja auch immer die Faszination für die westdeutsche Linke, wenn sie nach Italien kam, daß sie wirklich sah, daß hier Massen Bedürfnisse artikulieren können. Eine ganz ungeheure Erfahrung, wenn man sieht, wie Erfahrung weitergegeben wird, wie Lernprozesse gemacht werden, wie Streiks nicht nur einfach Ermahnungen an die Regierungen sind, sondern wie bei den Streiks autonome Lernprozesse in Gang kommen. Ich wollte an diesem Punkt darauf zurückkommen, daß nach meiner Ansicht die kommunistische Partei diese Fragen etwas vernachlässigt, zugunsten der Lösung über die institutionelle und repräsentative Demokratie, also Anerkennung der bürgerlichen Demokratie.

Nach meiner Ansicht ist der Eurokommunismus nicht ein Pakt revolutionärer Parteien im Mittelmeergebiet, der sich gegen die nationale Abhängigkeit dieser Länder vom US- und vom bundesdeutschen Imperialismus richtet, um mehr Spielraum für diese Länder zu gewinnen, sondern es ist ein ideologischer Pakt von Parteien, die meinen, sie könnten durch die volle Anerkennung der bürgerlichen demokratischen Spielregeln, die sie relativ sogar verinnerlicht haben, an die Regierung kommen. Das ist es, was die eurokommunistischen Parteien zusammenhält - nicht die gemein-

same Front gegen irgendwelche nationale Fremdbestimmung von außen.

Carlo Donolo: Massenbewegungen und Kompromisse

Ich vertrete nicht die Neue Linke... Wenn wir über Politik reden wollen, müssen wir von der Gesellschaft sprechen. Einige "philantropische Autonomisten" reden von einigen Ereignissen, die in den letzten Monaten in Italien stattfanden. Sie können sie überhaupt nicht im Rahmen des sozialen Prozesses... richtig einschätzen. Das ist keine methodologische, es ist eine politische Frage. Wenn man nur von politischen Formeln redet, nur auf einer abstrakten ideologischen Ebene argumentiert, dann entstehen große praktisch-politische Fehler... Alle, die Politik in Italien entwickeln, nicht nur die großen Parteien und Gewerkschaften, sondern auch die kleineren Parteien und auch die sozialen Bewegungen, die in Italien handeln, alle haben gelernt, daß man keine effektive politische Praxis entwickeln kann, ohne die tatsächlichen objektiven gesellschaftlichen Widersprüche zu begreifen und in die politische Programmatik und Strategie einzubeziehen. Das ist ein großartiger Lernprozeß gewesen, den wir in Italien jetzt gezwungen sind zu machen.....

Ich glaube nicht, daß die Alternative ist: entweder es funktioniert der Historische Kompromiß, oder man muß die Revolution machen - oder kommt der Faschismus? Keine dieser Alternativen ist realistisch... Vielleicht werden ganz andere Prozesse eingeleitet, d. h. es ist sehr wahrscheinlich für die nächsten zwei bis drei Jahre, daß man zu einer Einigung kommen wird zwischen den linken Organisationen, vor allem der KP, und der DC.

Wenn man zu solchen praktischen Kompromissen, vor allem auf regionaler Ebene kommt, welche Perspektiven eröffnen sich dann für die italienische Gesellschaft? Das hängt von den Inhalten der Kompromisse ab, vor allem auch von den Bedingungen, die hierdurch für die Massenbewegungen geschaffen werden. Unter Massenbewegungen verstehe ich im Moment nicht, was hier einige Autonomisten begreifen. Ich meine die großen Massenbewegungen, die auch schon in den vorhergehenden Jahren die italienische Gesellschaft verändert haben



und noch verändern: die Arbeiterbewegung, die organisierte Gewerkschaftsbewegung, die Frauenbewegung und andere soziale Bewegungen.

Es ist keine Frage von großen und katastrophalen Alternativen. Es ist eine Frage, wie jetzt die Akzente gesetzt werden. Und für die Neue Linke - oder: für die inzwischen alt gewordene Neue Linke - besteht die Frage: welche Rolle will sie in dem engeren Raum des politischen Kampfes einnehmen? Wie kann sie überhaupt den politischen Kompromiß zwischen linken Parteien und der DC beeinflussen und bedingen? Andererseits: wie kann sie überhaupt noch eine führende organisatorische Rolle in der Massenbewegung haben?

Das ist die tatsächliche Fragestellung, von der jede Analyse der italienischen Krise ausgehen muß. Sonst kann man nichts verstehen.



Frauenzimmer

Lange Gasse 11 (Nähe Lerchenfelderstraße)
1080 Wien, Tel. 43 96 685

Die erste Frauenbuchhandlung Wiens!

MO-FR, 10-18h
SA 10-13h



und ab Ende Okt. gibt's
nebenan ein
FRAUENCAFE

Ein Gespräch mit Studenten aus Florenz

»il movimento«

Aus der Diskussion um die Strategien der südeuropäischen KPen werden meist große Fragenkomplexe ausgeklammert. Die Arbeitslosen- und Studentenbewegung und die Frauenbewegung haben in letzter Zeit viel von sich reden gemacht - manchmal in Berichten über Terror und Gewalt. Wie ist es möglich, daß die PCI als Partei Gramscis - der Partei als Synthese aller sozialen Bewegungen verstand

MAN HAT IM LETZTEN HALBEN JAHR VIEL UND OFT VON "DER BEWEGUNG", DER NEUEN JUGENDBEWEGUNG ITALIENS, GEHÖRT; BESONDERS ÜBER DIE ZUSAMMENSTÖSSE MIT DER POLIZEI, ÜBER GEWALT UND TERROR - ABER KAUM ETWAS ÜBER DIE RICHTUNG UND DIE ZIELE DER BEWEGUNG, ÜBER IHREN AUFBAU UND IHRE URSACHEN.

Wichtig ist - und nur so läßt sich die Bewegung verstehen - daß keine einheitliche Linie, Strategie oder wie man es immer nennen will, vorhanden ist, daß unterschiedliche Strömungen in ihr Fuß gefaßt haben und daß daraus resultierend natürlich verschiedene Positionen zu gewissen Fragen (z. B. Gewalt) vertreten werden.

Um eine ungefähre Vorstellung über das politische Spektrum in der Bewegung zu geben, muß man irgendwo zum Schema "links, rechts, Mitte" greifen, das vereinfacht und deshalb auch nicht hundertprozentig zutrifft:

- an derart manifesten Fragen vorbeigang und noch immer vorbeigeht? Ist der militante Ausdruck von Frustration und Unzufriedenheit mit der Situation der Jugend faschistisch, wie es die KPI meint? Wir sprachen über die Ziele der "Bewegung", über ihren Aufbau und ihre Ursachen mit drei Studenten aus Florenz, die an den Auseinandersetzungen des letzten halben Jahres teilgenommen haben.

Links stehen die AUTONOMIA OPERAIA. Sie vertreten eine harte Position, sie wollen den Kampf, gleichgültig in welcher Situation sich die Bewegung befindet. Sie setzen sich vorwiegend aus Randgruppen und radikalen Abspaltungen linker Organisationen zusammen.

Rechts in der Bewegung stehen PdUP, Manifesto und die KP-Jugend. Sie versuchen immer wieder ihre politische Linie dem "movimento" aufzuerlegen. Aber beide Positionen sind in den Versammlungen nie tonangebend geworden. Es dominierte die Mitte, der weitaus mehr Leute angehören. Sie besteht kaum aus Randgruppen, sondern vielmehr aus Arbeitslosen, Studenten und ehemaligen Mitgliedern und Sympathisanten verschiedener linker Gruppen. (Besonders viele Leute von LOTTA CONTINUA sind von der Partei weg und in die Bewegung gegangen - wie wir auch).

Natürlich muß auch gesagt werden, daß es dann auf der Straße nicht immer so gelaufen ist, wie man es sich in den Versammlungen vorgestellt hat. Was soll man tun, wenn sich einige Genossen nicht an die Beschlüsse halten und den Kampf mit der Polizei suchen - die ja nur darauf wartet. In solch einer Situation ist eine Straßenschlacht rasch im Gang. Und nicht gerade selten wurde sie von der anderen Seite begonnen; da helfen dann die schönsten Beschlüsse nicht mehr.

WARUM IST DIE BEWEGUNG NICHT IN PARTEIEN ENTSTANDEN: IN DER KP ODER IN EINIGEN LINKEN GRUPPEN? WARUM IST ES EIGENTLICH GENAU UMGEKEHRT GEKOMMEN? VIELE ORGANISIERTE LINKE SIND AUS DEN GRUPPEN HERAUS UND IN DIE BEWEGUNG GEGANGEN.

Hier haben natürlich verschiedene Faktoren zusammengewirkt, denen wohl nicht die gleiche Bedeutung zukommt, die aber erst gemeinsam die "Voraussetzung" für die starke Jugendbewegung schufen.

Das unmittelbare Klima der Unzufriedenheit mit dem System und mit den gebotenen Alternativen (PC und Linke) entstand besonders stark nach den Wahlen im Herbst 1976. Die Hoffnungen auf einen Sieg der KP und ein gutes Abschneiden der Democrazia Proletaria (bestehend aus Lotta Continua, PdUP und Avanguardia Operaia) bewahrheiteten sich nicht: die DC konnte sich behaupten, die DP erhielt nur 1,6% der Stimmen (ca. 600.000). Die Enttäuschung war groß und wuchs, als sich von verschiedenen Seiten Prophezeites als richtig erwies: die PC war gerade um soviel erstarrt, daß sie aus ihrer Oppositionsrolle in ein de facto Mitregieren wechselte. Dieser Schritt kam einem Schwenk nach rechts gleich.

Besonders hart wurde von den Wahlergebnissen die organisierte Linke getroffen, die nun zunehmend unter den Druck von Strömungen kam, die die traditionellen Organisationsformen überhaupt in Frage stellen. Besonders die Erfahrungen der Frauenbewegung, die sich niemals in die Schemata linker Partei- und Gruppenhierarchien drängen ließ, übten mehr und mehr Einfluß auf die (in erster Linie jungen) Leute aus.

In Mailand wurde dann das, was wir Proletariato Giovanile nennen - junge Leute: Arbeitslose, Studenten, Arbeiter - das erstmal in größerem Ausmaß wirklich aktiv - alternativ aktiv: Sie begannen besonders in Randbezirken und im Hinterland Gruppen zu bilden, die sich in erster Linie mit den Problemen und Bedürfnissen auseinandersetzten, mit denen sie selbst und andere ihrer Altersgruppen konfrontiert waren und natürlich noch immer konfrontiert sind: Arbeitslosigkeit, soziales Umfeld, Wohnen, kulturelle und individuelle Probleme. So entstanden Aktivitäten, wo Leute gemeinsam versuchen, Arbeit und Jobs zu finden, oder etwa gegen die harten Drogen anzugehen. Und endlich wurde auch solchen "Kleinigkeiten" mehr Aufmerksamkeit geschenkt, wie billigen Kinovorstellungen und ähnlichem. Sie wollen nicht nur für ihr tägliches Brot kämpfen, sondern auch für ihren Spaß. So gingen einmal 2000 geschlossen in ein Kino und zahlten nur einen Teilbetrag des Eintrittsgeldes. Der Film wurde gezeigt und das Beispiel machte Schule.

IHR HABT VORHIN VON DER KRITIK AN DER ORGANISIERTEN LINKEN GESPROCHEN. VON EINER KRITIK AUS DEN EIGENEN REIHEN, VON DER BASIS HER.

In Frage gestellt wurde in erster Linie das Parteiprinzip - speziell das leninistische. Die Organisation muß in der Bewegung stehen, wurde gefordert. Viele Mitglieder linker Organisationen forderten das Ende der Kaderpartei. Sie lehnten es ab, dem Prinzip zu folgen - die Partei bestimmt die Linie und ihre Mitglieder müssen die Erkenntnisse, Vorgangsweisen und was sonst noch in die Massen tragen. Sie fühlen endlich und sehen, daß sie selbst die Masse sind, daß sie eigene Bedürfnisse haben und daß es Unsinn ist, vor den Fabrikstoren Flugblätter zu verteilen, wenn die eigenen Probleme ungelöst bleiben. Sie stellen sich gegen die Entfremdung durch die Partei.

Besonders deutlich zeigt sich das am Beispiel von Lotta Continua: Bei ihrem nationalen Kongreß im November 1976 wurde von vielen, und besonders von den Frauen, diese Kritik an der Partei geübt. Eine große Zahl von Mitgliedern ging in die Bewegung,

die Partei wurde letztlich formal aufgelöst. Aber ganz Anderes hatte die neue Situation bei der Redaktion bewirkt. Hier wurde das Gedankengut aufgenommen und der Erfolg blieb auch nicht aus. Binnen kurzer Zeit wurde die Auflage fast verdoppelt - von "Lotta Continua" werden heute täglich über 30.000 Stück verkauft.

Die Revolution steht eben auch in Italien nicht vor der Tür. Es ist noch ein langer Weg, ein allmähliches Weiterentwickeln, wobei täglich und unter Einbeziehung des Individuums weitergearbeitet werden muß. Dieses Organisieren nach Bedürfnissen, diese Suche nach neuen Wegen und Formen politischer Aktivität bedeutet das Ende der traditionellen Partei. Und darin liegt auch der Grund, warum die Bewegung niemals versucht hat, in den vorhandenen Organisationen aktiv zu werden. Sie hat erkannt, daß nur außerhalb und weitab traditioneller politischer Trampelpfade die Zukunft der neuen Linken liegt. Aber erst die Situation nach den Wahlen, der Schwenk der PC nach rechts, die Auflösung linker Gruppen, die neue Bewegung und die ökonomische Situation gemeinsam schufen die explosive Situation im vergangenen Frühjahr.

Die ökonomische Situation der Menschen ist natürlich die bedeutendste Voraussetzung für die Bewegung. Es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, die Frauen, als erste nach Hause geschickt, und die Jugendlichen werden gegen die Arbeiter ausgespielt. Die Bourgeoisie ist durch das gute Abschneiden der DC gestärkt, aber nicht zuletzt auch dadurch, daß die PC immer mehr von ihrer oppositionellen Einstellung abweicht. Sie wollen die Arbeiterschaft spalten: alle müssen der Krise Opfer bringen, sagen sie, aber ihre Maßnahmen treffen Frauen und Jugendliche weit härter als die meisten Arbeiter. Dieses gegeneinander Ausspielen kann nur mit Hilfe der Gewerkschaften und somit der PC erreicht werden - man bezieht diese in die Regierung de facto mit ein.





Studenten und Jugendliche bekommen bestenfalls Arbeiten, die die Arbeiter nicht machen wollen. Sie jobben für Tage, vielleicht Wochen - nur um Geld zu verdienen. Einen Sinn im Arbeiten sehen sie nicht. Durch ihre Situation wird es verständlich, warum Arbeitslose und Studenten so eng zusammenarbeiten. Überhaupt gibt es diese klare Trennung Student - Arbeiter in Italien nicht. Viele Studenten müssen arbeiten, um Geld zu verdienen, viele Arbeitslose kommen auf die Universitäten - sie haben Zeit. Deshalb ist der enge Zusammenhalt auch recht natürlich.

IHR SAGT, DIE BOURGEOISIE IST AUCH DADURCH GESTÄRKT WORDEN, DASS DIE PC AUS DER ROLLE DER OPPOSITIONSPARTEI INS LAGER DER REGIERENDEN GEWECHSELT IST. WELCHE ROLLE SPIELEN DIE KOMMUNISTEN - WIE STEHEN SIE ZUR BEWEGUNG ?

Dieser Schritt der PC hin zum Mitregieren kommt einem Schwenk nach rechts gleich, macht die PC schwächer. Das allein schon bedeutet eine Stärkung der Bourgeoisie. Aber dazu kommt noch, daß diese die PC braucht. Die DC hat keinen Einfluß auf Arbeiter und Arbeitslose. Diese Rolle, das im Zaum halten, soll die PC übernehmen - und hat sie auch schon weitgehend übernommen. Natürlich geht das nicht so direkt: die Kommunistische

Partei wirkt mehr oder weniger indirekt über die Gewerkschaften auf die Arbeiter ein.

Auf diesem Gebiet hat sich die Situation seit 1968/69 stark geändert. Damals waren die Gewerkschaften noch viel autonomer, heute ist der Einfluß der Parteien sehr groß. Sie haben sich alle auf ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm geeinigt, wodurch die Gewerkschaften viel von ihrer Selbständigkeit verloren haben. Durch diese gemeinsame Wirtschaftspolitik und dem Festhalten der Gewerkschaften an diesem gemeinsamen Vorgehen kam es zur Konfrontation mit der Bewegung. Zuerst versuchte man

die Kritik dadurch abzuwürgen, daß die PC ihre Jugend in unsere Versammlungen schickte. Sie sollte die PC-Linie in die Bewegung tragen. Aber nicht nur, daß sie damit keinen Erfolg hatten, wurden sie in vielen Städten aufgrund der PC-Strategie wieder ausgeschlossen: In Rom rief der Rektor - Mitglied der kommunistischen Partei - die Polizei, die die Uni gewaltsam räumte; in Bologna sagte der Bürgermeister (diese Stadt ist seit ca. 30 Jahren kommunistisch) den Polizisten, sie befänden sich im Krieg und Leuten, die im Krieg sind, kann man nichts sagen; sie könnten machen, was sie für richtig hielten. Sie hielten es für richtig, mit Panzern aufzufahren. Und in den anderen Städten war es ähnlich. Wen wundert es noch, daß der PC-Gewerkschafts-

bonze Lama an der Uni Rom zuerst lächerlich gemacht und dann verjagt wurde ?

WOMIT WIR BEI EINEM HEIKLEN THEMA WÄREN: GEWALT. DIE GEWALT DER BEWEGUNG HAT SCHLAGZEILEN GELIEFERT, EIN GROSSES GESCHREI GEGEN DEN ANGEBLICHEN TERROR DURCH DIE JUGEND HERVORGERUFEN.

Die Gewalt der Bewegung ist die Gewalt, die das System, die Gesellschaft in die Jugend hineingepreßt hat. Sie wächst aus der Unzufriedenheit, mit der katastrophalen ökonomischen, kulturellen und individuellen Situation der Jugend heraus. Aggression und Haß sind das Ergebnis - hier liegen die Wurzeln der Gewalt in der Bewegung. Aber es ist eine kollektive Gewalt, genährt vom System. Warum soll sie sich nicht gegen das System richten? Erstaunlich ist nicht, daß die Massenmedien und ihre Hintermänner das ausschalten, erstaunlich wäre es, täten sie es nicht. Daß hier eine große Schwäche der Bewegung liegt, ist uns klar. Wir haben keine Massenmedien. Und dem Staat ist es gelungen, aus diesem gesellschaftlichen Problem eine Frage der öffentlichen Sicherheit zu machen. Hier gilt es noch viel Boden gutzumachen.

Auch muß man bedenken, daß viele von uns eine ganze Menge Erfahrung im Straßenkampf gesammelt haben - sei es gegen Faschisten, sei es gegen die Polizei. Deshalb sind gerade diese Leute nicht so leicht zu vertreiben oder zu schlagen. Die Kämpfe sind daher oft sehr intensiv und dauern Stunden, manchmal Tage. Aber es wird nicht einfach losgeprügelt. Immer entschied die Versammlung, wie man sich verhalten soll. Immer stellte sie sich gegen die individuelle Gewalt, die von den Roten Brigaden und ihren Sympathisanten propagiert wird. Es hat keinen Sinn zu kämpfen, wenn es nicht nötig ist - das schadet nur der Bewegung.

Aus manchen Auseinandersetzungen allerdings ging die Bewegung gestärkt hervor. Aber viele Genossen wurden in den letzten Monaten enttäuscht, enttäuscht besonders von der PC. Früher hat uns die Kommunistische Partei unterstützt - heute schickt sie die Polizei gegen uns in den Kampf.

Das Gespräch führte H. A.



Wem gehört der Sozialismus?

In dem Kommuniqué, das nach dem Besuch Titos in der Sowjetunion veröffentlicht wurde (20. August), heißt es: "Beide Seiten betonen die strikte Achtung der Prinzipien der Souveränität, Unabhängigkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Achtung der Selbstständigkeit und die freie Wahl der sozialistischen Entwicklung, die internationalistische, kameradschaftliche, freie Zusammenarbeit...."

Das Wort von der Achtung der freien Wahl der sozialistischen Entwicklung stammt wohl nicht von Breschnjew, sondern von Tito. Zeigt es einen echten Gesinnungswandel der Sowjetführung an oder handelt es sich nur um eine diplomatische Floskel? Es ist schwer zu vergessen, daß neun Jahre vorher, am 3. August 1968, in einem Kommuniqué über eine Beratung der Führungen der Kommunistischen Parteien von Bulgarien, der DDR, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarns in Bratislava erklärt wurde: "Die Teilnehmer der Beratung gaben ihrem entschlossenen Streben Ausdruck, alles von ihnen Abhängige zu tun, um die allseitige Zusammenarbeit ihrer Länder, entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe und Solidarität, zu vertiefen." Diese Erklärung hinderte aber fünf Teilnehmer der Beratung nicht, wenig mehr als zwei Wochen später in das sechste Teilnehmerland einzumarschieren und A. Dubcek, O. Cernik und J. Smrkovsky, die an der Beratung in Bratislava teilgenommen hatten, zu verhaften und nach Moskau zu verschleppen. Nun haben historische Parallelen an und für sich wenig Beweiskraft, aber sie sind doch ein Signal.

Seit vielen Jahren geht in der antikapitalistischen Bewegung eine Grundsatz-Diskussion vor sich, wie der Übergang eines kapitalistischen Landes in eine sozialistische Gesellschaft erfolgen soll, bzw. welche Wesensmerkmale der Sozialismus haben soll, wobei beide Probleme natürlich eng zusammenhängen. Diese Diskussionen wurden nicht zuletzt ausgelöst durch die Problematik in der Sowjetunion und

in den Volksdemokratien, gleichzeitig aber auch durch die unbefriedigende Entwicklung der antikapitalistischen Bewegung selbst und auch diese beiden Probleme hängen eng miteinander zusammen. Im Verlauf dieser Diskussion haben sich Tendenzen gezeigt - das erstmal ausgesprochen von Palmiro Togliatti (Einheit in der Vielfalt, Polyzentrismus) - sich vom verpflichtenden Vorbild der Sowjetunion zu lösen, eine eigene Orientierung einzuschlagen und auch politische Gruppierungen innerhalb des Landes und international zu bilden, die dieser Orientierung entsprechen. Von der Führung der KPdSU wurden diese Tendenzen vom Anfang an bekämpft; daß sie sich nur langsam und mit Rückschlägen durchgesetzt haben, zumindest in einigen Ländern, hat die allgemeine Entwicklung verzögert.

Nach wie vor wird von der Führung der KPdSU oder der SED die Sowjetunion als "das Grundmodell des Sozialismus" bezeichnet, dem man im wesentlichen folgen müsse, wenn es auch gewisse "nationale Besonderheiten" geben mag. Nach wie vor wird das "Prinzip des Internationalismus" dem der "Souveränität" übergeordnet, das heißt das Prinzip der Anpassung an die Wünsche der Sowjetunion gegenüber der eigenständigen Orientierung. Wenn im Kommuniqué nach dem Tito-Besuch in Moskau andere Töne anklingen, so geschah das erst, nachdem die Führung der KPdSU (auch nach Stalin) jahrzehntelang versucht hat, allerdings vergeblich, Jugoslawien "anzupassen".

Heute gibt es eine Reihe von westeuropäischen kommunistischen Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, ein anderes Modell des Sozialismus als das in der Sowjetunion vorgezeigte anzustreben. Das ist eigentlich für

einen Marxisten selbstverständlich, denn die gesellschaftliche Problematik eines entwickelten kapitalistischen Industriestaates am Ende dieses Jahrhunderts ist jedenfalls anders als die russische Problematik zu Beginn dieses Jahrhunderts (oder auch die chinesische Problematik um die Mitte dieses Jahrhunderts). Aber in der Sowjetunion faßt man einen solchen eigenen Weg - und zwar nicht zu Unrecht - auch als Kritik an der Wirklichkeit in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien auf, die gerne als der "reale Sozialismus" präsentiert wird, während eine andersgeartete Orientierung offenbar als "irreal" gilt. Niemand kann freilich die Realität der Sowjetunion bestreiten oder bezweifeln; der Zweifel tritt auf, ob diese Realität auch wirklich sozialistisch ist.

Die Führung der KPdSU hat bisher alle Tendenzen eines Abgehens vom ideologischen, politischen und organisatorischen Vorbild der Sowjetunion mit allen Mitteln bekämpft und zu diesen Mitteln gehört auch die militärische Intervention oder die Drohung mit ihr. Die Führung der KPdSU ist auch nicht davor zurückgeschreckt, kommunistische Parteien zu spalten, wenn ihr das notwendig erschien, oder Spaltungstendenzen zu fördern. Das letzte, allerdings nicht das erste, Beispiel ist Großbritannien. Auf die Sowjetunion orientierte kommunistische Parteien haben in entwickelten kapitalistischen Ländern keine Chancen, es genügt dabei auf die KPÖ oder auf die aktionsfähigere DKP zu verweisen. Die Abspaltungen von kleinen Parteien, wie in Australien, Schweden oder Großbritannien können keine andere Funktion erfüllen als die einer sowjetischen Propagandastelle innerhalb der linken Bewegung. Es ist fraglich, ob das der Sowjetunion nützt, der linken Bewegung der betreffenden Länder nützt es jedenfalls nicht.

Die Sowjetunion feiert heuer den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern



sind ungefähr ebenso alt, sie sind Kinder der Oktoberrevolution. Die unbefriedigende Entwicklung der letzten Jahrzehnte muß man wohl nicht zuletzt darauf zurückführen, daß sich die Kommunisten allzu lange an das Beispiel und die politischen Wünsche der Sowjetunion gebunden gefühlt haben. Die Suche nach einer eigenen Lösung, gestützt auf eigene Analysen sind noch keine Garantie für eine erfolgreiche Politik, aber diese Suche ist eine Grundvoraussetzung für jede linke Perspektive.

Diese Perspektive muß gegen die Einflußversuche der Sowjetunion durchgesetzt werden. Die Formulierungen im Kommuniqué nach dem Moskaubesuch Titos bedeuten keine grundsätzlichen Änderungen. Sie zeigen nur, daß sich die Führung der KPdSU heute gezwungen sieht, so wie auch bei der Berliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien im Vorjahr, Unabhängigkeitstendenzen dort zur Kenntnis zu nehmen, wo sie nicht verhindert werden können. Aber das ändert nichts daran, daß diese Tendenzen den Wünschen der Führung der KPdSU widersprechen und daß Gelegenheiten gesucht werden, ihnen entgegenzuwirken. Es hängt für die Zukunft der antikapitalistischen, der linken Bewegung in Europa und auch anderswo viel davon ab, welche Tendenz stärker ist, jene, die im jugoslawisch-sowjetischen Kommuniqué, zumindest verbal, zum Ausdruck kommt oder jene, die sich in der Spaltung der KP Großbritanniens manifestiert.

Leopold Spira



Links von der Linksunion

Einige Monate vor den für Frankreich entscheidenden Parlamentswahlen richtete die linksunabhängige Bewegung der "Ökologen" (Umweltschützer) an alle Parteien Mahnungen, die sehr ernst genommen werden. Die Wählerstimmen der Ökologen könnten nämlich zusammen mit den linksradikalen Gruppen in den Märzahlen 1978 den Ausschlag geben(1).

Daher die Überlegungen nicht nur in den programmatischen Beratungen der Linksunion (SPF, KPF, Linksliberale), sondern auch die Manöver der bürgerlichen Parteien, Giscard d'Estaing hat eine Aufklärungskampagne "über AKW gestartet. Indirekt polemisierte er gegen den Wolkenkratzer gigantismus seines Vorgängers Pompidou. Auch die Gaullisten bemühen sich seit neuestem mit Umweltschutzphrasen um ökologische Stimmen und verweisen dabei auf die häßlichen Zementblocks kommunistischer Gemeindeverwaltungen. Mit einem Wort, auch die bürgerlichen Parteien haben begriffen, daß sie die ökologischen Bürgerinitiativen nicht ignorieren oder einfach niederknüppeln können.

In der französischen Provinz waren die Ergebnisse ebenso markant. Die ökologischen Listen erreichten 13% in Mülhausen, 10,5% in Straßburg, 9,13% in Grenoble, je 6,4% in Montpellier und Lille, 5% in Toulouse usw. Mit einem Wort, sie werden in den Stichwahlen zum "Zünglein an der Waage".

Die PSU (Linksozialisten) kandidierte entweder schon im ersten Urnengang auf gemeinsamen Listen der Linksunion oder in einigen Städten mit den Ökologen. So erhielt in Rennes

eine gemeinsame Liste "PSU-Ecolo, autogestion socialiste" (PSU-Ökologen, sozialistische Selbstverwaltung) 5,3%, Trotzlisten 2,3% und Maoisten 1,4%. Zusammen erhielten die Gruppen links von der Linksunion hier also 9%.

Außerdem erreichten gemeinsame Listen der Linksradikalen im März 1977 12% in Orléans, 9,5% in Montbéliard, je 8,3% in Nancy und in Caen, 7,6% in Rouen, 6,4% in Lille, 6% in Carcassonne, 5,5% in Lyon, 5,2% in Dijon, 5% in Straßburg, über 4% in Tours, Bordeaux, Bourges, Belfort, über 3% in Perpignan, Besançon, St. Etienne usw. Ähnliche Resultate erwartet man auch bei den nächsten Parlamentswahlen.

Warnsignal

Der Monat August stand im Zeichen ungewöhnlich großer Kundgebungen gegen die Atomkraftwerke in der französischen Provinz, insbesondere gegen den Super-Phénix - "Surrégénérateur" von Creys-Malville (Département Isère). Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Zehntausenden Demonstranten und CRS (Bereitschaftspolizei), bei welchen der 31-jährige Vital Michalon getötet wurde. Mehrere Personen wurden schwer verletzt (OL Nr. 36 berichtete darüber ausführlich). Die Umstände des Todes Michalons wurden tagelang vertuscht, bis die Ursachen einwandfrei festgestellt werden konnten. Der Prozeß gegen mehrere während der Demonstration wegen "Gewalttätigkeit" verhafteten

AKW-Gegner - zufällig herausgegriffene Demonstranten, junge Franzosen, Deutsche und Schweizer - war einige Tage später in Bourgoin-Jallieu Anlaß zu neuen, heftigen Demonstrationen. Zahlreiche Organisationen solidarisierten sich mit den AKW-Gegnern. Von acht Angeklagten wurden schließlich vier freigesprochen, die anderen zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Creys-Malville war für Giscard d'Estaing, aber auch für die zur Regierungsverantwortung strebende Linksunion ein Warnsignal. Bei dem knappen Stimmenverhältnis zwischen Linksunion und Rechtsblock fallen einige Prozente und in manchen Wahlkreisen sogar Bruchteile von Prozenten schwer ins Gewicht. Für Sieg oder Niederlage der Linksunion können unter Umständen eine Handvoll Stimmen den Ausschlag geben. Schon in den Gemeinderatswahlen im März dieses Jahres sah man, daß die Stimmen der Linkssozialisten, Linksradikalen und Umweltschützer, die im ersten Umengang auf unabhängigen Listen kandidierten und so ihre eigenen Kräfte messen konnten, in der Stichwahl für den Erfolg der Volksfront ausschlaggebend waren. Das Selbstbewußtsein der linksunabhängigen Kandidaten ist dadurch gestiegen und man rechnet für die entscheidenden Parlamentswahlen im kommenden März in verstärktem Maß mit unabhängigen Kandidaturen der Ökologen und Linksradikalen in den meisten Wahlkreisen.

Zünglein an der Waage

Dabei geht es in wichtigen Zentren keineswegs um kleine, sondern schon um wesentliche Kräfte. Die Wahlstrategien aller Parteien prüfen derzeit nochmals die Ergebnisse vom letzten März und sind dabei überzeugt, daß man im kommenden Frühling mit noch stärkeren Prozentsätzen für die Ökologen und Linksradikalen rechnen muß. In Paris erzielten die ökologischen Listen das letzte Mal über 10%; die Stimmenanteile schwankten in den einzelnen Bezirken zwischen

6, 5 und 14%. Drei linksradikale Gruppen hatten daneben eine gemeinsame Liste "für den Sozialismus, die Macht der Arbeiter" aufgestellt und damit in Paris durchschnittlich 3% erzielt.

Perspektiven

Die Ökologen haben nun den Führern der drei Linksparteien deutlich zu verstehen gegeben, daß ihre Wahlentscheidung im zweiten Umengang von den Zusagen der Volksfrontgremien zur Frage der AKW und Kernwaffen abhängt. Der Widerhall der ökologischen Bewegung in den drei Linksparteien ist unterschiedlich. Am ehesten ist bis jetzt die SPF auf die Forderungen der Umweltschutzbewegung eingegangen. Die härteste Ablehnung ökologischer Forderungen kommt von der KPF-Führung, die sich nicht nur für den verstärkten Bau von AKW, sondern mit überspitzten nationalistischen Schlagworten auch für die Beibehaltung des französischen A-Bomben-Arsenals ausgesprochen hat; im Widerspruch zu dem bereits 1972 beschlossenen Gemeinsamen Programm der Linksunion, in dem man sich bereits ausdrücklich für den Verzicht Frankreichs auf Kernwaffen entschieden hatte.

Die Diskussion um Atomkraft und Atomwaffen ist innerhalb der führenden Gremien der Linksunion noch nicht abgeschlossen. Ein außerordentlicher SPF-Parteitag soll über diese Frage vor Jahresende entscheiden. Außerdem ist Mitterand für eine Volksabstimmung über diese Lebensfragen, dieser Vorschlag wird jedoch von der KPF grundsätzlich abgelehnt.

AKW und A-Bomben sind nur ein Streitpunkt in den gegenwärtigen Verhandlungen der Linksunion. Für den Ausgang der Märzahlen 1978 könnten aber gerade diese Momente entscheidend sein.

(1) Eine Delegiertenkonferenz der französischen Umweltschützer aus fast allen Provinzen und Regionen

beschloß am 18. September in Froberville bei Fécamp (Normandie) die Schaffung einer gesamtfranzösischen Organisation "Ecologie 78" mit Zentralsitz in Lyon.

Hauptprogramm ist die Ablehnung des zivilen und militärischen Atomprogramms mit einem ausgesprochenen Ultimatum an die Linksunion, die sich bis zu den Märzahlen eindeutig gegen AKW und Atombomben aussprechen soll. Nur in diesem Fall werden die Ökologen im zweiten und entscheidenden Umengang der Parlamentswahlen die Parole einer Stimmabgabe für die Volksfrontlisten ausgeben. Im ersten Umengang werden sie jedenfalls selbständig kandidieren. Die Septemberkonferenz wurde nach zahlreichen lokalen und regionalen Tagungen und Diskussionen monatelang vorbereitet. Einige Umweltschutzgruppen waren jedoch in Froberville nicht vertreten, so insbesondere die vor allem in den pariser Vorstädten verankerte Gruppe SOS-Environnement. Offen steht auch noch die Frage der gemeinsamen Wahllisten mit der PSU.

Georg Scheuer, Paris



ZEIT
ZB
OMBE

**STADT- UND PRO-
GRAMM-ZEITUNG**

der journalistische urschrei
der kompass für aussteiger
der reißnagel im fetter
arsch der wiener bourgeoisie

eröffnet anfang nov. das

NEUE-NEUE-NEUE

TREIBHAUS

tagescafe. nacht-blubb
veranstaltungslokal.
informations- lese-
und blödelzentrum
offene ZB-zeitungs-
redaktion

5, margaretenstr. 99

Wer gegen wen am Horn von Afrika

Die seit Anfang Juli eskalierende Auseinandersetzung zwischen Äthiopien und Somalia, deren Kernpunkt die Gebietsstreitigkeiten um die Wüstenregion Ogaden ist, verwirrte proamerikanische und prosowjetische Kommentatoren gleichermaßen. Innerhalb kürzester Zeit, so scheint es, haben sich die Fronten und Allianzen in ihr Gegenteil verkehrt.

Die häufigste und vordergründigste Erklärung für dieses Wirrspiel der politischen Kräfte in Nordostafrika behauptete, die Sowjetunion, langjährige Beschützerin des somalischen Regimes, habe nun versucht, in Äthiopien den Fuß in die Türe zu bekommen. Dabei hätten die sowjetischen Diplomaten entweder die Feindschaft der beiden Nachbarn übersehen oder gehofft, daß sie es schon nicht merken würden. – Selbst wenn man der UdSSR ein Höchstmaß an taktischem Ungeschick einräumt, erscheint diese Vermutung mehr als skurril.

Die somalischen Gebietsansprüche sind so neu nicht. Die Vereinigung mit der seit dem 27. Juni 1977 unabhängigen ehemaligen französischen Kolonie Djibouti und die Einverleibung äthiopischen und kenyanischen Territoriums, das von somalischen Nomaden bevölkert wird, ist Bestandteil der somalischen Verfassung seit der Staatsgründung am 1. Juli 1960. Bereits 1946 wollte Großbritannien, als über die Zukunft des italienischen Kolonialgebietes in Äthiopien und Somalia beraten wurde, die heute umkämpfte Ogaden-Region Somalia zuschlagen, scheiterte aber am Einspruch der anderen drei Alliierten. Seit nun jüngste Schürfungen auf reichhaltige Erdgaslager in diesem Gebiet – nur drei Kilometer von der somalischen Grenze – schließen lassen, ist die "Heimholung" für den Küstenstaat, der sonst über keine bekannten ergiebigen Bodenschätze verfügt, besonders interessant geworden.

Marxismus ist nicht unbedingt Marxismus

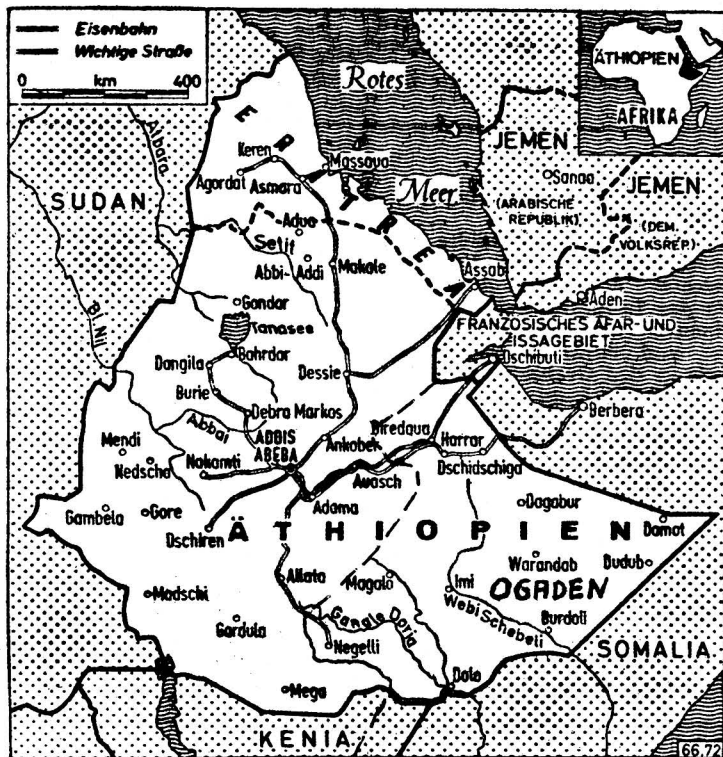
Auch die verschiedenen politischen Allianzen und deren unverständlich scheinende Neugruppierungen etablieren sich nicht über Nacht und schon gar nicht grundlos. Vor allem muß neben den außenpolitischen Einflüssen für das Situationsverständnis die vor dem Hintergrund gewachsener historischer Verhältnisse etablierte Ideologie der beiden Staaten betrachtet werden. Zwar beruft sich die äthiopische Regierung auf den "Marxismus-Leninismus" und das somalische Regime auf den "Wissenschaftlichen Sozialismus" und auch die eritreischen Sezessionisten verstehen sich als "Marxisten", doch darf diese Selbsteinschätzung nicht unbesehen mit gängigen Auffassungen gleichgesetzt werden.

Die herrschende Ideologie in Somalia, das jahrhundertlang verschiedenen arabischen Sultanen untertan war, ist auch nach dem Staatsstreich der Offiziere um Siad Barre im Oktober 1969 der Islam. Dieses Land, das nur zu 12% agrarisch nutzbar und nur zu 0,6% tatsächlich genutzt wird, bestreitet 55% seiner Exporte mit Lebendvieh nach Saudi-Arabien. Die starke Bindung an die Sowjetunion, die die somalische Armee zur schlagkräftigsten des ganzen ostafrikanischen Raumes aufgerüstet hat und 6000 Berater ins Land schickte, ist das Ergebnis der Investitionsverweigerung anderer Länder, die in dem kargen Somalia keine Kapitalverwertungschancen sahen. Im Mai 1970 brachen die USA überdies alle Wirtschaftsbeziehungen ab, als somalische Schiffe Waren nach Nordvietnam lieferten. Die Sowjetunion, mit der Somalia 1974 einen Freund-

schaftspakt abschloß, ließ sich bei ihrem Engagement freilich nicht nur von Gefühlen der Selbstlosigkeit leiten. Die ausgezeichnete geostrategische Lage am Ausgang des Roten Meeres, von der aus ein Großteil der weltweiten Öltankerflotte kontrolliert werden könnte und bevorzugte Landrechte für sowjetische Schiffe und Flugzeuge (die Somalis bestreiten, daß es sich dabei um sowjetische Stützpunkte handelt) sind für die UdSSR interessante Fakten.

Der somalische Sozialismus, der von der Junta unter Siad Barre propagiert wird, ist vor allem der Versuch, mit einer Militarisierung der gesamten Bevölkerung die nationale Wirtschaft aufzubauen. Das bedingt die Sezessionierung der Nomaden und die Umstellung ihrer Lebensgewohnheiten: So nimmt die Fischerei nur unter staatlichem Druck einen Aufschwung, da sie als unehrenhaftes Gewerbe gilt.

Der äthiopische Sozialismus, in dessen Namen alle Staatsstrieche der letzten Zeit stattfinden – der jüngste unter Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam am 3. Februar dieses Jahres – ist vor allem als antif feudale Bewegung zu verstehen. Eine Bewegung, die allerdings in dieser Form über keine breite Bevölkerungsbasis verfügt. Vielmehr verstärkt sich im DERG, der Offiziersjunta, immer mehr eine jakobinische Tendenz, die Tugend durch Terror zu erzwingen meint. Streiks sind verboten, Exekutionen an der Tagesordnung. Allgemein machen sich in dem Land mit der ca. fünfzehnfachen Größe Österreichs Auflösungstendenzen bemerkbar. Nicht nur die Kirche und die anderen ehemaligen Großgrundbesitzer der "Demokratischen Äthiopischen Union", auch die verschiedenen um Autonomie kämpfenden Völkerschaften und die in der "Äthiopischen Volksrevolutionären Partei" (EPRP) zusammengeschlossene linke Intelligenz gehören zu den erklärten Feinden der DERG. Diese weiß sich nur das Mittel, so Juntachef Haile Mariam, "wie eine Seuche gegen die rädigen Hunde herzuführen, die die Revolution umkehren und den Feudalismus wiederherstellen wollen". Der politische und wirtschaftliche Zustand Äthiopiens nähert sich dabei immer mehr dem totalen Chaos. Außer im Raum um die Hauptstadt Addis Abeba gibt es in allen Provinzen Aufstände. Die eritreischen Sezessionsbewegungen ELF und PLF, von verschiedenen arabischen Staaten unterstützt, kontrollieren außer der Provinzhauptstadt und



den Hafenstädten Massaua und Assab die gesamte Region. Die "West-somalische Befreiungsfront" (WSLF) - Somalia bestreitet, direkt militärisch involviert zu sein - kontrolliert 97% des von ihr beanspruchten Gebietes und hat die Eisenbahnverbindung nach Djibouti, über die 80% des äthiopischen Außenhandels abgewickelt wurden, unterbrochen. Die landwirtschaftlichen Ertragsenerwartungen liegen um ein Drittel unter den Ergebnissen des Vorjahres.

Die Verletzung der Menschenrechte, die im Februar dieses Jahres der offizielle Grund für die Aufkündigung der US-Militärhilfe war, wurde erst bemerkt, als die äthiopischen Militärs eine rigorose Landkollektivierung durchführten. Bereits im Dezember hatten die Äthiopier allerdings ein Waffenlieferungsabkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen. Haupthandelspartner bleibt aber nach wie vor die USA, von der somit weiterhin wirtschaftliche Abhängigkeiten bestehen, die zukünftig vielleicht auch politische Zugeständnisse erheischen. Die Weltbank kreditierte in diesem Jahr 40 Millionen Dollar für ein Infrastrukturprogramm. Die EWG fordert vor weiterer Unterstützung eine Revision der Landreform.

DDR-Berater sind übrigens bereits seit 1975 in Äthiopien tätig, bisher Schulter an Schulter mit ihren "Kollegen" vom CIA und - immer noch - gleichzeitig mit israelischen Experten,

die eine Stärkung arabischer Positionen verhindern wollen. Die endgültige Ausweisung von 341 US-Bürgern, die in der eritreischen Hauptstadt Asmara eine Radarstation betrieben, dürfte mindestens ebenso sehr auf die prekäre Situation des äthiopischen Militärs in dieser Provinz wie auf die Abneigung gegenüber den USA zurückzuführen sein. Die Plätze der Amerikaner nehmen nun DDR-Bürger und Bulgaren, kaum aber Sowjets ein.

Dadurch ergibt sich die absurde Situation, daß militärisch von der Sowjetunion ausgebildete Somalis DDR-gedrihten Äthiopiern gegenüberstehen. Ausrüstung und Bewaffnung sind zunehmend auch gleichen Ursprungs. Dies war allerdings nicht der auslösende Faktor für die Abkühlung der somalisch-sowjetischen Beziehungen; eher schon die Folge.

OAU: Unverletzlichkeit der Kolonialgrenzen

Somalia hatte nämlich von der UdSSR verstärkte Hilfe für sein Vorhaben verlangt, rund ein Drittel des äthiopischen Gebietes diesem Staat zu entreißen und seinen Partner damit in Verlegenheit gebracht. Eine Unterstützung dieses Verlangens hätte die Sowjetunion in Konflikt gegenüber der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gesetzt, in deren Charta die Unverletzlichkeit der ehemaligen und zumeist willkürlich gezogenen

Kolonialgrenzen verankert ist. Ein Abgehen von diesem Prinzip, das Schaffen eines Präzedenzfalls, könnte fast jeden der 49 afrikanischen Staaten zu ethnischen oder sprachlich legitimierte Forderungen an seine Nachbarn verleiten. Somalia versucht die OAU-Charta zu umgehen, indem es Äthiopien als Kolonialmacht bezeichnet. Diese Strategie zielt auf einen unabhängigen Übergangstaat Ogaden, als Vorstufe zur Eingliederung in den somalischen Staatsverband. Die Bedingung für die Sanktionierung durch die OAU wäre aber ein Einverständnis Äthiopiens.

Die Sowjetunion und Kuba schlugen daher als Kompromiß, von dem auch sie profitiert hätten, eine antikapitalistische Föderation zwischen der VR Jemen, Djibouti, Somalia und Äthiopien vor. Eine Idee, die der somalische Präsident Barre vor der "Lösung" des Ogadenproblems allerdings nicht für diskussionswürdig hält.

Wohl ist es möglich daß sich die Sowjetunion à la longue zwischen zwei Stühle gesetzt hat. - Wenngleich die starke militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit Somalias einen brüskten Bruch nicht erlaubt. Die Gewinner werden aber sicher nicht die USA und ihre Verbündeten sein. Sie können sich ebensowenig über das OAU-Dogma hinwegsetzen - was eine Unterstützung Somalias in der gegenwärtigen Situation bedeuten würde - und müssen den stabilisierenden Einfluß der Sowjetunion anerkennen. Wohl versuchen die Franzosen, laut "Le Monde" die "Kubaner der USA", ein Tauschgeschäft: Ihre ehemalige und auch weiterhin von ihnen vollständig abhängige Kolonie Djibouti gegen die Preisgabe der Beziehungen zur Sowjetunion.

Realistischer erscheint allerdings ein verstärkter Einfluß des reaktionär panislamischen Saudi-Arabiens auf Somalia und die Eritreischen Sezessionisten in Zukunft zu sein. Somalia erhält bereits enorme finanzielle Zuwendungen von dieser Seite, die um jeden Preis ein antikapitalistisches Staatenbündnis am Roten Meer verhindern will. Somalias Siad Barre, angeblich Repräsentant des wissenschaftlichen Sozialismus, spricht immerhin vom Ogadenkonflikt als einem "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen".

R. H. ★

Aus Slumbewohnern werden Bauern

Im Berliner Extradienst ist ein Beitrag von W. Burchett erschienen, den wir hier vollumfänglich wiedergeben. Der Autor schildert, wie aus Slumbewohnern, meist von den Amerikanern in die Städte "gebombte" Bauern, wieder Bauern werden. Er kommt dabei zu ganz anderen Schlüssen als die Bürgerpresse, die sich nicht genug über "grausame Vertreibungen" auslassen kann.

Huntingtons Erbe in Saigon

Besuch der am Wasser liegenden Slums des 4. Distrikts von Ho Chi Minh-Stadt, dem einstigen Saigon: Gute Gelegenheit kennenzulernen, was im neuen Vietnam "neue Wirtschaftszonen" heißt. Über den schwarzen, stehenden, übelriechenden Gewässern Zehntausende von Bruchhütten aus Blech, Holzresten und Metallteilen. Kein Strom, kein Wasser, keine Entwässerungsanlagen. Abfall wird direkt ins geschwärzte Wasser geworfen, das - bedeckt mit Schaum und völlig verschlammte - nur ab und zu durch langsam aufsteigende Blasen der Zersetzung menschlicher und tierischer Exkreme bewirkt wird. Ratten und bleiche, grau gesichtige Kinder raufen sich um den Platz auf den hölzernen Stegen über dem Pfuhl, zu dem der Saigon-Fluß degenerierte, auf denen man sich nur mit größter Umsicht bewegen kann, um sie nicht zum Einsturz zu bringen.

Weder in Afrika noch in Asien habe ich je so heruntergekommene Slums gesehen, so menschenunwürdige Ansammlungen von Behausungen - wie unmittelbar nach der Befreiung Saigons.

Heute, zwei Jahre danach, sind schon einige Veränderungen festzustellen. Ratten sieht man selten. In den früher ununterbrochenen Linien der Trümmerbehausungen klaffen Lücken, sind Stellen "frei" geworden, die freilich niemand mehr besetzt. Die Lücken wurden von den Leuten gerissen, die in die "neuen Wirtschaftszonen" zogen und von den "alten Wohnungen" mitnahmen, was sie dachten gebrauchen zu können.

Die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Slums von Saigon-Ho Chi Minh-Stadt sind ein Ergebnis durchdachter amerikanischer Politik, mitgeplant von Dr. Samuel Huntington, Chef der Harvard-Fakultät für Politikwissenschaft und seinerzeit Berater von Kissinger in der Frage, wie der Vietnamkrieg von den USA gewonnen werden könnte. Die Huntington'sche Lösung: Bauern sind eine revoltierende Masse, eine Guerilla-Brut, die den Vietkong unterstützen und verpflegen. Die Ideallösung wäre die "Endlösung" gewesen. Da die nicht möglich war, sollten sie wenigstens aus ihren Dörfern hinausgebombt werden und so keine Stütze mehr für den Vietkong sein. Waren die US-Streitkräfte schon nicht in der Lage, den Guerilla, den "Fisch im Wasser", zu fangen, so sollte wenigstens das Wasser abgelassen werden.

Die Zerstörungspolitik gegenüber den Dörfern wurde treffend als Flüchtlingsproduktion beschrieben. Sie bedeutete neben der Zerstörung der Häuser die Vernichtung der landwirtschaftlichen Basis, der Anbauflächen, des Arbeitsmaterials. Millionen von Bauern blieb nichts anderes übrig als in die Städte zu fliehen - nach Saigon vor allem. Zur Zeit der französischen Besatzung lebten in Saigon 500 000 Menschen. Unter der US-amerikanischen Herrschaft wurden es 4 100 000.

Die Slums nicht nur an den Ufern des Saigon-Flusses, sondern an allen Stadträndern wuchsen mit krebserregender Geschwindigkeit. Senator Edward

Kennedy schätzte die Zahl der "erzeugten Flüchtlinge" in Südvietnam auf 10 Millionen.

50 000 pro Quadratkilometer

"Mit der Politik der erzwungenen 'Urbanisierung' erreichte die Bevölkerungsdichte der ärmsten Gebiete 30 000 bis 50 000 pro Quadratkilometer, und das bei eingeschößigen Gebäuden", erklärte uns Duong Quang Trung, geschäftsführender Direktor des Gesundheitswesens von Ho Chi Minh-Stadt. "Zur gleichen Zeit sank die Bevölkerungsdichte in den ländlichen Gebieten auf rund 1 000 pro Quadratkilometer. Während in der City Saigons weiträumige, mit Bäumen gesäumte Avenuen existierten, waren die Wohngebiete der Arbeiterklasse und der Flüchtlinge fürchterlich überbelegt. Ideale Bedingungen für Epidemien entstanden. Zur Zeit der Befreiung hatten wir alles: Cholera, Ruhr, Tuberkulose und Lepra, dazu die sozialen Krankheiten wie Geschlechtskrankheiten und solche, die durch Drogenmißbrauch entstehen."

"Wir erhielten ein schreckliches Erbe", sagte uns Le Quang Chanh, Vizepräsident des Volkskomitees und geschäftsführender Bürgermeister von Ho Chi Minh-Stadt: "Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befreiung war in der ganzen Welt bekannt. Nach unserer Schätzung gab es allein in Saigon 1,1 Millionen Arbeitslose. Was sollten wir mit ihnen tun? Auf der einen Seite versuchten wir, die Bauern zu überzeugen, daß sie wieder in ihre Dörfer zurückkehren sollten. Aber es gab ja nichts in den Dörfern außer Bombentrümmern und Bombensplittern. Die Häuser, das Land, die Brücken, alles war unwiderruflich zerstört. Die Felder waren mit Minen besetzt. So mußten wir anderes Land finden für jene, die vordem gar keines besaßen. Nun, wir gründeten die "neuen Wirtschaftszonen". Bis heute sind aus Ho Chi Minh-Stadt 700 000 Menschen in ihre alten Dörfer oder in die neuen Zonen gegangen.

Der Anfang war hart

Tran Long-Kommune im Ben Cat Bezirk der Song Be-Provinz. Sie ist typisch für die "Neuen Wirtschaftszonen". Auf einer Ebene gelegen, gehörte sie zur "weißen Zone", also zum vegetationslosen Niemandsland, mit dem das US Saigon Command die Stadt umgeben wollte. Am Rande des "Eisernen Dreiecks" gelegen, war dieses Gebiet mit Napalm belegt und zum amerikanischen Experimentierfeld der Waldzerstörung geworden. Es stellte sich freilich als Fehlschlag heraus, weil die Feuchtigkeit und die Dichte der Wälder die Hitze absorbierten. So versuchten es die USA mit anderen Mitteln. Chemikalien vernichteten die ganze Vegetation und die Baumstümmel wurden dann wieder mit Napalm beworfen (2,5 Millionen Hektar, 44 Prozent des gesamten süd-vietnamesischen Waldbestandes wurden derart "behandelt").

Eine der ersten Aufgaben der neuen Bauern war es, die Felder von den Baumstümpfen zu säubern, damit die Fläche bewirtschaftet werden konnte. Mitten in den Feldern stehen die aus Bambus und Stroh errichteten neuen Häuser. Angepflanzt wird vorwiegend Maniok (Wolfsmilchgewächs mit kilogrammschweren Knollen, die gegessen werden können. Eine Art Kartoffel). Ein paar Bauern schlagen mit Holzwerkzeugen auf steinharte Erdschollen ein, Frauen splintern Holz zu Brennmaterial.

Ein paar Kilometer weiter sieht es schon anders aus, dort wird schon länger gearbeitet. Die Häuser sind mit Gärten umgeben, Man sieht Bananenbäume und Paw-Paw-Bäume, im nächsten Dorf schon solide Bauten mit Kolonnadeneingängen und Spalieren, an denen Kletterpflanzen emporranken. Diese drei Entwicklungsphasen repräsentieren die einzelnen Phasen der Ankömmlinge.

"Der Anfang war sehr hart", erinnert sich Ninh Van Diem, Besitzer eines Häuschens mit einem efeuberankten Eingang zum Garten. "Es gab nichts außer grasbewachsenem Land und Baumstümpfen drauf. Es war einsam und wir fürchteten wilde Tiere. Einige Familien - wir nicht - dachten an Rückkehr nach Saigon. Doch auf den Versammlungen erinnerten wir uns dann alle daran, wie schrecklich es in den

Slums von Saigon war: hier gibt es wenigstens viel Raum und frische Luft. Am Tag war es nicht so schlimm. Wir waren alle zusammen. Aber nachts vermißten wir doch die Lichterflut der großen Stadt. Aber letztendlich: es ging keiner zurück. - Zuerst säuberten wir das Land und pflanzten Maniok und Bananen an. Lastwagen der Regierung brachten und kostenlos Reis, dazu Kondensmilch und Zucker, auch umsonst. Nach dem ersten Jahr war klar für jedermann, daß wir ein gutes Dorf werden würden. Der Boden ist gut. Und als die Leute zum ersten Mal von der eigenen Erde aßen, veränderte sich die Atmosphäre zusehends..."

Manchmal fehlen die Lichter

Ninh Van Diem stammt aus dem Norden. Er diente unter französischer Herrschaft bei den Truppen der Marionettenregierung und desertierte im Süden, wohin er evakuiert worden war, als der Norden für die Marionetten verloren war. Um seine Familie unterhalten zu können, arbeitete er als Fahrer einer Motor-Rikscha, seine Frau als Straßenhändlerin. Ich hakte nach, was die "strahlenden Lichter" der großen Stadt anlangt, den Möglichkeiten, die die City bietet. Er lachte: "Für uns war es immer das Problem, genügend Reis zu haben; nicht das Kinogehen. Hier haben wir genug Reis, Maniok, und wir essen Eier von eigenen Hühnern. Bald beginnen wir mit der Aufzucht von Schweinen. Was bedeutet Kino für uns? In den ganzen 20 Jahren, in denen wir in Saigon lebten, waren wir einmal im Kino. In Saigon lebten meine Frau und unsere acht Kinder in einer Schachtel von sechs mal drei Metern, für die wir monatlich 3 500 Piaster bezahlen mußten. Hier habe ich 12 mal 5 Meter Raum, kann anbauen soviel ich will und ich habe 1 500 qm Boden, auf dem ich pflanzen kann, was ich will".

Seine älteste Tochter kam dazu: "Ich bin froh, hierhergekommen zu sein. Anfangs war es einsam, aber dann kamen immer mehr Leute und heute ist was los hier. In Saigon gab es nirgendwo genügend Raum für die Kinder, die Luft war schrecklich. Hier ist genügend Platz und frische Luft".

Auf der anderen Straßenseite wohnt Ninh Van Hieu. Das Haus ist über und über mit Efeu bewachsen und steht voller Radioteile. Am Eingang ein Schild: "TV- und Radio-Reparaturen". Hieu war Widerstandskämpfer gegen die französische Fremdherrschaft und mußte deshalb aus seinem Dorf fliehen. Er änderte seinen Namen und fälschte sein Geburtsdatum, um im Untergrund von Saigon zu arbeiten. Er arbeitet jetzt auf den Feldern wie die anderen Dorfbewohner, aber nebenbei handelt er mit Radioteilen und repariert Radios. Seine Frau hat eine Nähmaschine aus Saigon mitgebracht und ist Mitglied einer Schneider-Kooperative. Ich frage ihn, warum er Radios und Fernseher repariert, wo es hier doch gar keinen Strom gibt.

Hoffnung auf Strom

"Aber es wird Strom geben", antwortet Ninh Van Hieu, "die Leute bringen ihre Geräte, die sie aus Saigon mitgebracht haben, damit sie in Ordnung sind, wenn wir ans Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Der Unterschied zwischen der letzten Regierung und der neuen ist nämlich, daß realisiert wird, was versprochen wurde. Sie versprachen uns, regelmäßig Reis zu bringen und sie haben es gehalten. Sie kommen regelmäßig. Das Provinz-Volkskomitee sagt e uns, daß es Elektrizität geben wird, und es wird sie geben".

Freiwillige, die an die neuen Wirtschaftszonen gehen, werden von der Regierung mit all ihren Besitztümern dorthin transportiert, einschließlich ihrer Häuser und/oder Baumaterialien dazu. Für die ersten sechs Monate erhalten sie kostenlos Reis und alle anderen Grundnahrungsmittel; wenn notwendig auch länger, bis sie sich selber aus eigener Ernte versorgen können. Mit den ersten Siedlern kommen die Armee und Jugendbrigaden, um Pionierarbeit zu leisten: Straßen, Hausbau, Sprengen. Auch Schulen und Hospitäler werden errichtet.

Die Tran Long-Kommune hat für ihre drei Dörfer jeweils eine Primarschule und eine weiterführende Schule für die ganze Kommune. Zur Zeit gibt es



5 500 Siedler - der angestrebte Durchschnitt für die neuen Kommunen liegt zwischen 5 000 und 7 000. Die meisten der Neuankömmlinge stammen aus Ho Chi Minh-Stadt. Alle Bauern haben Privatland, außerdem bewirtschaften sie eine 2 000 Hektar große Staatsfarm, auf der Reis, Maniok, süße Kartoffeln und andere Grundnahrungsmittel hergestellt werden.

Die größte Veränderung, die ich gegenüber dem Besuch vor zwei Jahren im eben befreiten Saigon feststellte, betrifft die Kinder. Die beiden ersten Familien, die ich in den neuen Zonen sah, hatten acht und sechs Kinder. Alle waren braungebrannt, hatten rote Backen und strotzten vor Gesundheit und Vitalität: "Die Veränderung kommt schon nach zwei Monaten", bemerkte Tran Ngoc Khan, Vizepräsident des Volkskomitees der Song Be Provinz, "das ist natürlich in erster Linie auf die frische Luft zurückzuführen, aber auch darauf, daß sie jetzt genug zu essen bekommen." Ansonsten war es das erste Jahr hier nicht gerade gut: "Es gab nicht genug Regen". Aber: "Komm in zwei Jahren wieder, dann wirst du das Land nicht wiedererkennen. Dann haben wir den Strom hier und Wasser. Die Häuser wirst du nicht mehr sehen können, weil sie zugewachsen sind mit Kletterpflanzen und Bäumen und die Felder werden grün sein, so weit dein Auge reicht".

"Cowboys" müssen umdenken

Auch einige Probleme wird man dann nicht mehr haben. In den neuen Zonen lungern immer noch einige jener "Cowboys" herum, die man in Saigon ständig vor den Kinos und Cafés sah. Sie waren arbeitsscheu und sind es teilweise noch. "Sie haben angeblich Angst vor den Tigern, sagen sie, und gehen deshalb nicht aufs Feld. Aber sie fangen bereits an, umzudenken. Das gilt auch für die verschwindend kleine Zahl von älteren Leuten hier, die unzufrieden sind. Es sind meist ehemalige Straßenhändler, die im Saigon der Schwarzmarktzeit ihren Schnitt machten und denen in Ho Chi Minh-Stadt die Existenz entzogen wurde, so daß sie schließlich gerne hierher kamen. Hier aber müssen sie arbeiten und nicht handeln. Eine Umstellung, zumal sie auch ihren Cafés und Bistros nachtrauern. Aber sie stellen sich um. Und manchmal sind auch sie schon wieder richtig glücklich..."



Sozialismus und Terrorismus

Das Sozialistische Büro hat auf der Sitzung seines Arbeitsausschusses am 13. September unter dem Titel "Sozialismus und Terrorismus" eine Stellungnahme zu den Morden der "Roten Armee Fraktion" verabschiedet.

1. Mit Entsetzen haben wir Sozialisten auf die kaltblütigen Morde reagiert, für die sich die "Rote Armee Fraktion" verantwortlich erklärt. Nach Individualattentaten ist die "Rote Armee Fraktion" nun zum Kollektivmord übergegangen. (...)

Wir Sozialisten lehnen Mord als Mittel der Politik nicht nur aus taktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen ab. Für Sozialisten ist das Ziel, eine humane Gesellschaft zu schaffen, dauerndes täglich geltendes Gebot. (...) Aus diesem Grund besteht für Sozialisten auch ein strikter und unaufgebbarer Zusammenhang zwischen dem Ziel und dem jeweils zur Verwirklichung des Zieles verwendbaren Mitteln. Denn das Ziel, das sich täglich konkretisiert, verlangt Mittel, die mit ihm vereinbar sind. Wird eine solche Vereinbarkeit nicht erreicht, besteht die Gefahr, daß die angewandten Mittel das Ziel zerstören und selbst an Stelle des Ziels treten. Letzteres kann dann nur noch als Rechtfertigungslüge gebraucht werden, die den Grundsätzen einer menschenwürdigen, sozialistischen Gesellschaft nicht entsprechen. Sie dürfen sich allerdings auch dann nicht auf den rücksichtslosen Gebrauch des physischen Gewaltapparates des Staates auf gleicher Ebene einlassen, sondern müssen täglich jedes Mittel daraufhin überprüfen, ob es hier und heute notwendig und angemessen ist, den Kampf für eine humane Gesellschaft zu führen. (...) Aus diesen Gründen hat sich die "Rote Armee Fraktion" ihres sozialistischen Anspruchs selbst gegeben.

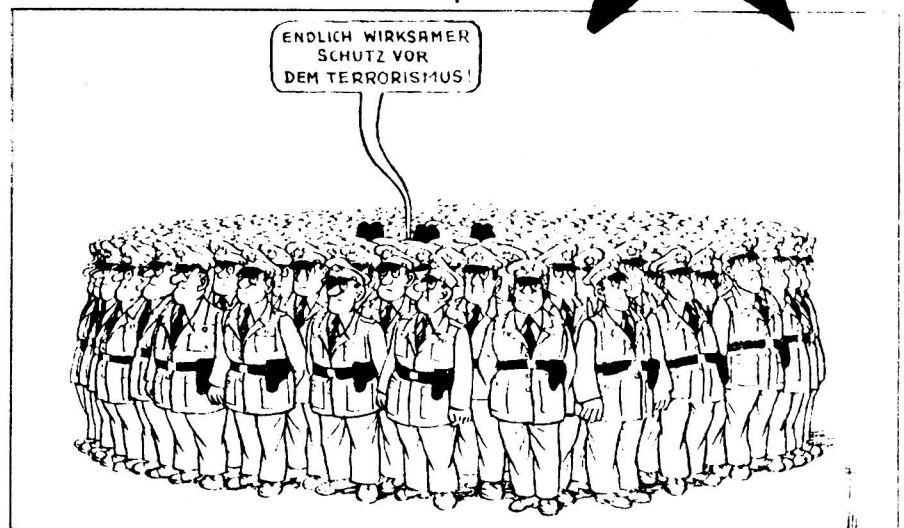
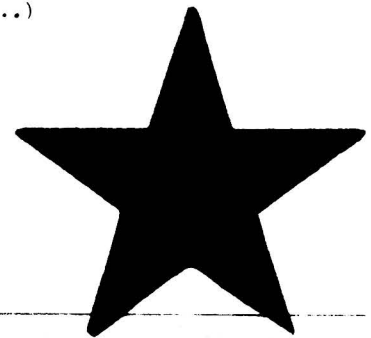
Sozialistische Arbeit in dieser Republik ist mühsam und riskant. Versuchen doch die Herrschenden, alle sozialistischen Ansätze im Keim zu ersticken und die Bewegungsfreiheit sozialistischer Tätigkeit, die sehr wohl vom Grundsatz gedeckt ist, Zug um Zug einzuzengen. Nichts aber hat so sehr

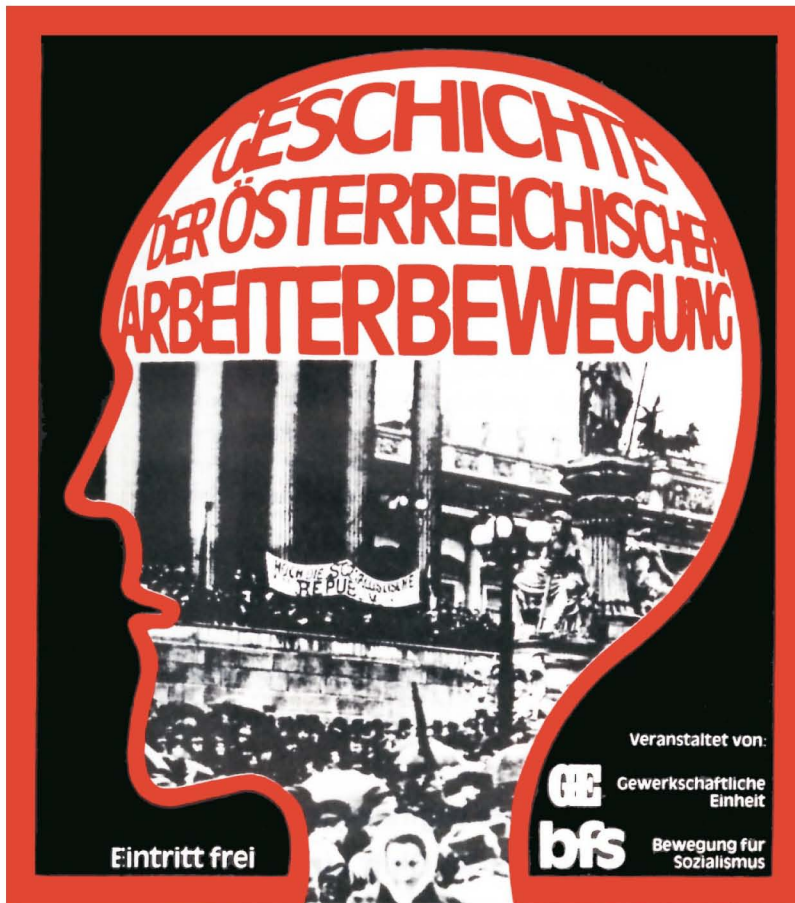
dazu beigetragen, daß die Herrschenden den Spielraum für sozialistische Politik rasch beschneiden konnten, wie die Morde der R. A. F. Mit wenigen Schüssen machte sie vieles zunichte, wofür wir jahrelang mühsam gekämpft haben.

(...) Deshalb gibt es für Sozialisten weder offene noch heimliche Solidarität mit dem mörderischen Terror der R. A. F.

2. Mit Empörung verfolgen wir aber auch, wie insbesondere die staatlichen Instanzen in Aktion und Reaktion polizeistaatliche Methoden zum Gesetz erheben und anzuwenden versuchen. Es drängt sich der Eindruck auf, sie hätten nur auf den Anlaß zum Abbau demokratischer Rechte gewartet. Da werden Sozialisten, ja all diejenigen, die irgendwann und irgendwo einmal an den Zuständen in diesem Lande und ihren herrschenden Trägern Kritik üben, mit Terroristen gleichgesetzt. Man redet davon, diesen "geistigen Sumpf", in den man alle Kritiker stopft, "trockenlegen" zu wollen. (...) Die Art, in der man in Stammheim rechtsstaatliche Gepflogenheiten so rasch wie möglich über Bord warf, machte der Bundesrepublik selbst den Prozeß. Dies zeigt schlagartig, worum es den Vertretern der gesellschaftlich herrschenden Gruppen zu tun ist: nicht um den Ausbau liberaler Demokratie, sondern um die Sicherung des status quo der Herrschenden. (...) So kann man verdrängen, daß das antikommunistische und autoritäre Klima in der Bundesrepublik mitverantwortlich ist,

daß einzelne und versprengte Gruppen in ihrer haltlosen Ohnmacht zu Mitteln des Mordes greifen. So kann man verdrängen, daß Generationen von sozialistischen Arbeitern und liberalen Radikaldemokraten in jahrzehntelangem Kampf vieltausendfach ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre berufliche und familiäre Existenz für die Erlangung demokratischer Rechte gegen die reaktionäre deutsche Bourgeoisie eingesetzt und geopfert haben - daß vor allem ihnen die bescheidenen demokratischen Errungenschaften in Deutschland zu verdanken sind. So kann man verdrängen, was die R. A. F. -Leute getrieben hat und vielleicht heute noch treibt: der Haß gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, das den Faschismus hervorgebracht und das im Weltmaßstab auch in seiner nichtfaschistischen bürgerlich-demokratischen Form das Leben von vielen Millionen Menschen auf dem Gewissen hat. Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben "demokratische" Politiker immer wieder ihre "klammheimliche Freude" über eine Politik offen ausgedrückt, die die Ermordung von 30.000 Chilenen, von zwei Millionen Vietnamesen, von 600.000 Kambodschanern, von zehntausenden Laoten zum Inhalt hatte. (...)





Veranstaltungsreihe im **CLUB LINKS** 1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse)

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF..... ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, - (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50, - (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

36



Dienstag, 18. Oktober 1977

REVOLUTION 1848 UND DIE ANFÄNGE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Dr. Wolfgang Häusler
(Institut für österr. Geschichtsforsch.)

Dienstag, 1. November 1977

VON HAINFELD ZUR MASSENPARTEI. DIE ENTSTEHUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI UND DER GEWERKSCHAFTEN

K. Flanner
(Histor. Archiv Wr. Neustadt)

Dienstag, 15. November 1977

REVOLUTION ODER REFORMISMUS (1918-1921)

Leopold Spira
(Redakteur "Wiener Tagebuch")

Dienstag, 29. November 1977

AUSTROMARXISMUS: THEORIE UND PRAXIS (Teil 1) - DIE KONSOLIDIERUNG DES KAPITALISMUS IN ÖSTERREICH

Leopold Spira

Dienstag, 13. Dezember 1977

AUSTROMARXISMUS: THEORIE UND PRAXIS (Teil 2) - ARBEITERBEWEGUNG UND DIE OFFENSIVE DES FASCHISMUS

Franz West
(ehem. Chefredakteur der "Volksstimme")

Dienstag, 10. Jänner 1978

1934-1938 DER AUSTROFASCHISMUS UND DIE ANTIFASCHISTISCHE GEGENWEHR

Franz West
(1934-1938 war F. W. leitender Funktionär der illegalen KPÖ)

Dienstag, 24. Jänner 1978

ÖSTERREICH UNTER HITLER UND DER ANTIFASCHISTISCHE WIDERSTAND

Dr. Neugebauer
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands)

